

# TATblatt

(10/1989)  
6. Juni 1989  
Preis: öS 10.-

Hamburg:

## Die Hafensstraße muß befreit bleiben

Am 26. Mai fand der erste Probelauf zur Räumung der Hafensstraße statt: die Räumung einer Wohnwagensiedlung zwischen den besetzten Häusern. Doch die BewohnerInnen reagierten anders als von den Behörden erwartet...  
Schon am 24. April verwirklichte der Hamburger Senat die zweite Stufe seines dreistufigen Plans zur Beseitigung des Standort-Ärgernisses Ha-

fenstrasse. Stufe eins: Bürgermeisterwechsel von Dohnanyi auf Voscherau im Juni 1988 und Übernahme der Häuser durch die Stadt. Stufe zwei: die fristlose Kündigung des Vertrages mit dem Verein Hafensstraße, dem die Häuser im November 1987 nach den Barrikadentagen und Dohnanyis "Wunder von Hamburg" übertragen worden waren. Stufe drei: die Räumung.

### Außerdem in diesem TATblatt:

Multinationale Konzerne in  
Österreich

Datenverarbeitung bei der  
Arbeitsmarktverwaltung:  
Personenstammdaten  
"apatisch; buckelig;  
unansehnlich;..."

Strahl der Nationalpark  
Hohe Tauern radioaktiv?

Shell:  
Der unaufhaltsame Aufstieg?

Belgien:  
Der Aufstand der  
Minenarbeiter von Limburg

Namibia:  
SWAPO or not SWAPO

El Salvador:  
Machtwechsel verschärft  
BürgerInnenkrieg

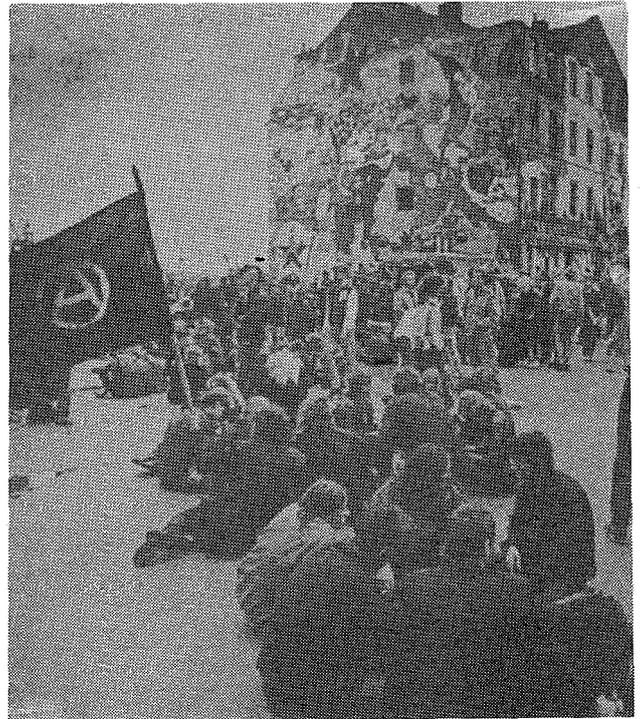
u.v.a.

(ak: tb)

Neun Monate hat Bürgermeister Voscherau gebraucht, um das, was ihn im August 1987 mangels Durchsetzungsmöglichkeit zum Rücktritt als SPD-Fraktionsvorsitzender veranlaßte, in die Tat umzusetzen: die endgültige Beseitigung des Problems Hafensstraße über eine "rechtsstaatliche Lösung". Alle Schritte dahin dienten einzig und allein dem Ziel, einen anderen, den kompromißlosen Weg der Befriedung durchzusetzen, als die liberale Integrationsvariante, die Dohnanyi versucht hat. Wenn auch der weitere Gang der Entwicklung nicht eindeutig geklärt ist, hat Voscherau auf diesem Weg eine ganze Menge erreicht.

Die Stimmung in der Stadt ist im Zusammenspiel von Regierungspartei SPD, Scharfmacherei der CDU und Presse von Bild bis "Morgenpost" systematisch umgedreht worden; die Umfragen von 80% Zustimmung zur Beendigung des "Hafenspuks" sind nicht unrealistisch. Die Anhänger

einer liberalen Variante sind in die Defensive gedrängt, bzw. von der Voscherau Gang in der SPD systematisch entmachtet worden. Zudem wurde in der Hafensstraße seit dem Spätsommer



1988, ob aus Agonie oder Übermut?, wenig, fast gar nichts gemacht, um dieser Entwicklung durch vergleichsweise kluge politische Aktivitäten wie 1987 gegenzusteuern.

Neben dem Aspekt der politischen Befriedung ist auch wieder deutlich

Bitte umblättern...

## Hafenstraße...

### Fortsetzung von Seite 1

geworden, daß das ursprüngliche Ziel der Hafenrand-Bebauung als geschäfts- und profitträchtige Tourismusmeile vom Fischmarkt bis zu den Landungsbrücken nicht aufgegeben worden ist. Die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA, vormalige Besitzerin der Hafenstraßenhäuser hatte deswegen auch vorgehabt, die später besetzten Häuser abzureißen. Nicht von ungefähr ist unter Voscherau die administrative Lösung des Problems seit dem 19. April 1989 in die Hände einer Verwaltungsgesellschaft "Hafenrand GmbH" gelegt worden, deren Geschäftsführer für zunächst zwei Jahre, solange wird eingeschätzt, bräuchte der Hafendreinigungsprozeß, von der SAGA ausgeliehen worden ist. Wie schnell der Weg der Räumung gehen wird, darüber streiten sich die "Experten". Der jetzige Weg der rechtstaatlichen Räumung über die Kündigung des Vertrages mit dem Verein Hafenstraße ist langwierig und wird auf mindestens ein- bis zwei Jahre geschätzt.

Die Alternative wäre die rein polizeiliche Lösung, wie von der CDU gefordert, die aber, so der Jurist Voscherau, rechtstaatlich als endgültige Lösung nicht durchführbar sei. Zwar könnte man nach dem "Sicherheits- und Ordnungsgesetz" (SOG) zur "Abwehr gegenwärtiger Gefahren" die Häuser räumen, doch gilt dies halt nur, solange die "Gefahr gegenwärtig" ist; danach tritt wieder der mietrechtliche Normalzustand ein. Eine polizeiliche Lösung müßte daher die Häuser sofort plattmachen, würde dann aber aufsehenerregend gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Davor scheut die SPD zurück. Dennoch muß mit versuchten Anwendungen des SOG als Teil eines Zermürbungsprozesses gegen die Widerstand leistenden BewohnerInnen und Ihre UnterstützerInnen gerechnet werden.

Am 26. Mai 1989 begann dieser Zermürbungsprozeß, mit der Drohung von Seiten des Senats, daß wenn die Bauwagen-Siedlung zwischen den Häusern nicht geräumt wird und der Platz, welcher der Stadt gehört nicht freigegeben wird, durch einen Polizeieinsatz alles geräumt werde. Prompt waren dann am 26. Mai 2500 Bullen im Einsatz um die Bauwagen-Siedlung zu räumen. Doch die Bauwagen waren von den BewohnerInnen schon in Sicherheit gebracht worden, und so war auf dem städtischen Platz nichts anders als ein großes Feuer, wo altes Zeug verbrannt wurde und vor dem Platz eine Sitzblockade von BewohnerInnen und SympathisantInnen. Trotzdem ging die Polizei mit Wasserwerfern gegen die DemonstrantInnen vor. Nachdem der Platz endgültig "gesäubert" war, wurde ein Zaun um das Ge-



länder errichtet, der am Abend des selben Tages einem Grillfest der BewohnerInnen, sowie AnrainerInnen zum Opfer fiel. Die Aktion war eine Niederlage für den Senat, doch es ist sicher mit weiteren solchen Aktionen zu rechnen.

Die Vertragskonstruktion Dohnanyis sah eine Teil-Entstaatlichung des Konfliktes vor, um die direkte Kon-

frontation BewohnerInnen - Staat am Haftrand zugunsten einer sozialarbeiterischen Zwischenschaltung abzubauen. Die Häuser wurden von der SAGA in die Verwaltung der Lawaetz-Stiftung gegeben, die eigens zum Zwecke der Förderung alternativer Wohnprojekte gegründet worden ist. Die Lawaetz-Stiftung als neue Eigentümerin verpachtete die Häuser an den neu geschaffenen Verein Hafenstraße. Der Verein schließt die Einzelmietverträge ab und soll "selbstbestimmtes Wohnen auf der Basis von Gewaltfreiheit nach innen und außen" fördern. Der Pachtvertrag verpflichtet die Lawaetz-Stiftung zur Aufsicht über die MieterInnen, wenn MieterInnen gegen die Verpflichtungen des Vertrages verstoßen haben und deswegen zweimal abgemahnt worden sind, tritt eine Kollektivhaftung in Kraft, der alle MieterInnen unterworfen sind, der Gesamtvertrag kann gekündigt werden.

Als Voscherau im Juni 1988 Bürgermeister wurde, begann seine rechte Senats-Gang mit der Vorbereitung der Erledigung der Hafenstraße. Ende August gab es eine erste Kraftprobe um die mittlerweile berühmt gewordene bemalte Wand "Boykottiert Israel". Im Juli hatte der Senat das Ultimatum gestellt, die Wandparole bis Ende August zu beseitigen, sonst würde dies gewaltsam geschehen. Im letzten Au-

genblick gaben die BewohnerInnen nach und unterließen die Übermalung der Parole mit Plakaten und Transparenten, die das gleiche Anliegen nur auf andere Weise transportierten. Vorscheraus "Sieg" der Unnachgiebigkeit war konterkariert. Die Auseinandersetzung um die Parole war auch der Beginn der Demontage der Lawaetz-Stiftung, der Voscherau vorwarf, gegenüber den BewohnerInnen keine Polizeifunktion wahrgenommen zu haben.

Die Situation um die Hafensstraße ist so kritisch wie noch nie. Dies zeigt sich in der politisch desolaten Situation um die Häuser wo sich jederzeit alles entladen kann. Das ist wiederum die Wirkung des eineinhalbjährigen polizeistaatlichen Psychoterrors, der rund um die Hafensstraßenhäuser praktiziert wurde und wird. Parallel zu der geschilderten systematischen Herstellung der Räumungssituation haben sich die alltäglichen Schikanen verschärft. Ständige Präsenz von zivilen und uniformierten Streifen, Überprüfungen, Festnahmen, Ausfälle gegen Einzelne, Schikanen gegen BewohnerInnen, Fotografieren von KneipenbesucherInnen etc. Dazu kommen Belästigungen durch sensationslüsterne TouristInnen und vor allem die ständige Wachsamkeit gegenüber rechten Provokationen, vor allem Mobilisierung und Schutz der Häuser vor rechtsradikalen Fußballfans, Hooligans und Skins.

Notwendig wäre die Herstellung einer politischen Solidarität gegen das zielstrebige Senatsvorhaben der Beseitigung der Häuser. Über den weiteren Fortgang läßt sich nur spekulieren. Geht alles seinen rechtsstaatlichen Weg, könnte der vermutlich langwierig werden und zermürbend. Dann bliebe Zeit für den Versuch der Wiederherstellung politischer Zusammenhänge, die gemeinsam von unterschiedlichen Politikansätzen geleistet werden können. Klappen könnte dies nur, wenn solche Zusammenarbeit als Solidarität, nicht als Identifizierung mit dem vermeintlichen Utopieprojekt Hafensstraße und dem jeweiligen politischen Vorhaben und Einschätzungen von Gruppen in der Hafensstraße praktiziert wird. Dafür muß es noch nicht zu spät sein.

Wien:

## Totalverweigerer wieder auf freiem Fuß

(anna;akin;tb)

Der Totalverweigerer Christof K wurde am 23. Mai - rund zwanzig Minuten vor der, seine Freilassung fordernden Demonstration - aus der U-Haft entlassen.

Die Demonstration fand trotzdem statt. Schließlich ist die Militärstrafzelle im Wiener Landl, die für zehn Leute Platz bietet, ohnehin ständig überfüllt. So überfüllt, daß für Christof gar kein Platz mehr gewesen ist, sodaß er in einen anderen Trakt ausweichen mußte.

Wie berichtet ist Christof am 17. Mai am Grenzübergang Stuben festgenom-

men worden. Mit der Entlassung aus der U-Haft ist der Fall für Christof natürlich keineswegs abgeschlossen. Es steht ihm noch ein Prozeß ins Haus; ein Termin dafür ist allerdings noch nicht bekannt. Da er schon zweimal wegen Nichtbefolgung von Einberufungsbefehlen zu bedingten Haftstrafen verurteilt wurde, droht ihm nun unbedingter Gefängnisarrest.

Wegen Desertion sitzt seit dem 25. Mai Christian R. in U-Haft. Er wurde im Grenzbahnhof Passau aus dem Zug raus verhaftet. Ihm droht nun eine Mindeststrafe von 6 Monaten nach Paragraph 9 MilStG.



Straßentheater auf der  
Kärntnerstraße

Anti-EG-Info-Bus durch  
Österreich

## Peter Margulies freigesprochen!

(anna)

Von der Brandstiftung zur Sachbeschädigung, von Körperverletzung und Widerstand zum Freispruch. Mit grimmigen Gesicht verlangte am 23. Mai der Staatsanwalt bei der Verhandlung gegen Peter Margulies einen Freispruch mangels Beweises - seine Belastungszeugen hatten nichts Belastendes auszusagen. Und wo keine Beweise und kein Schuldvorwurf, muß auch das Gericht passen.

(sci u.a.)

Im Juli diesen Jahres wird ein EG-Info-Bus durch Österreich fahren. Durch Plakate, Zeitungen, Flugblätter, Infotische, Straßentheater, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen usw soll die Öffentlichkeit über die Auswirkungen eines Beitritts oder einer weiteren Annäherung informiert werden. Auch Fachleute aus Wirtschaft, Landwirtschaft, usw sind eingeladen und haben teilweise auch schon zugesagt. 6-8 TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern werden ständig im Bus mitfahren und die EG-Problematik aus der Sicht ihrer Länder darstellen. Die Tour soll auch in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen, die an der EG-Problematik interessiert sind, durchgeführt werden.

Initiiert wurde die Bus-Aktion vom Arbeitskreis Waldsterben auf der BOKU, der ARGE f Zivildienst usw, von Global 2000, Robin Wood und Service Civil International (SCI). Organisationsbüro: SCI; Schottengasse 3a/1/4/59; 1010 Wien; Telefon: (0222) 63 80 652.

# Datenschutz versus Rassengesetze

## Die Arbeitsmarktverwaltung und ihre Datenverarbeitung

(tb;arge daten)

In der EDV der Arbeitsmarktverwaltung werden gar eigenartige "Informationen" über Arbeitssuchende gespeichert. Dies deckte die ARGE Daten kürzlich in einer Pressekonferenz auf. Zu den Daten einer jeden Person (insgesamt sind etwa 700 000 bis 800 000 "Personenstammdaten" angelegt) gehört ein Segment "Text" in welchem sich folgende sachliche Bemerkungen befinden:

"Die K.L.(\*) wirkt sehr apatisch, spricht kaum. Sie dürfte nicht sehr arbeitswillig sein."

"klein, sehr dick, wohnt bei Eltern, geistig und körperlich stark verlangsamt. Minderleistung."

"Groß, schlank, lebt von Gattin getrennt. Scheint nicht arbeitswillig zu sein. Telefonnummer der Eltern. Reagiert auf Vorstellungskarten überhaupt nicht! Vorsprache."

"Sein Persönlichkeitsbild ist seinem beruflichen Status offensichtlich angepaßt. Wirres, wegstehendes rotes Haar, eigenes Gehabe. Wunsch der PA [Partei?] ist eine Stelle als Sozialarbeiter mit Mindestgehalt 20 000.-brutto. Die Vermittlung wird durch Gehaltswunsch und Ausseres erschwert."

"Nur für anspruchlose Tätigkeiten vermittelbar. Asozial"

"Zwergenwüchsig! buckelig! unansehnlich! Redselig, aufbrausend-reumütig"

"U.P.(\*) ist sehr provokant, weiß alles besser, weiß auch genau Bescheid über sämtliche Leistungsansprüche und Kursmöglichkeiten."

"Gestalt: mittelgroß, schlank; Figur: durchschnittlich; Kopf: Stirn hervorgehoben, länglich; Gesicht: verwirrter Gesichtsausdruck; Haare: kurz, glatt, dunkel; Augen: braun, tiefe Augenhöhlen; Nase: unauffällig; Haut: Pickel; Stimme: angenehm; Charakter: gutmütiger, jedoch eigenwilliger Bursch"

"mittelgroß, schlampiges Äußeres, trägt sehr starke Brillen (Weitsichtigkeit)."

"Verrichtet sogenannte 'Freundschaftsdienste'-Klartext = Schwarzarbeit!"

"Alle Kollegen die T.A.(\*) bisher

betreut haben, sagen nur nicht anlegen mit T. sonst kommt man in Schwierigkeiten."

(\*) Name geändert

Und das wird dem Betroffenen offiziell mitgeteilt: "Im Textsegment sind Eintargungen von ... bis ... zu den jeweiligen Vorsprachen bzw Gesprächsterminen beim Arbeitsamt Angestellte vorhanden. Daraus geht hervor, daß Vermittlungsschwierigkeiten besprochen wurden und Umschulungsmaßnahmen vorgeschlagen wurden."

Nach Lektüre dieser "rassehygienischen" Qualifikationen Arbeitsloser ist klar, warum man dem Betroffenen den Inhalt des Text-Segments verheimlicht!

Was dutzende von psychologischen Schulen, tausende von Tests und Untersuchungsinstrumenten nicht schaffen, das machen die ReferentInnen

der Arbeitsmarktverwaltung nebenher und frei Haus. Im Datensegment "Text" werden alle psychologischen Hintergründe, die zur Arbeitslosigkeit führten, aufgelistet. Eine obskure Mischung aus Kretschmerscher Typenlehre, erbbiologischer Rassenlehre, Stamtmischvorurteilen und tiefenpsychologischem Vokabular, läßt jede derartig erfaßte Person zum asozialen Monster werden.

Klarerweise häufen sich die Eintragungen im Segment "Text" mit der Zahl der Kontakte mit dem Arbeitsamt. Besonders Langzeitarbeitslose sind daher von derartigen Eintragungen betroffen.

Nach internen Schätzungen der Arbeitsmarktverwaltung sind ca 700 000 bis 800 000 Personenstammsätze vorhanden, wobei bei jedem 3. unfangrei-

Fortsetzung rechts

### Nachlese:

Zu diesem Thema sind von der ARGE DATEN eine Reihe von Publikationen erschienen, die über ebenjene auch beziehbar sind:

zB:

Aktion Feigenblatt

Datenschutz auf österreichisch

In einem großangelegten Praxistext haben MitarbeiterInnen der ARGE DATEN untersucht, ob das Auskunftsrecht über die eigenen Daten von Firmen und Behörden ernstgenommen wird. Die festgestellte Zahl der Übertretungen des Datenschutzgesetzes war derartig hoch, daß nicht mehr von einzelnen schwarzen Schafen in der sensiblen Branche der Datenverarbeitung gesprochen werden kann...

Aus dem Inhalt:

- \*Welche Datenschutzrechte hat der/die BürgerIn
  - \*Wie bekommt man/frau Auskunft über seine/ihre persönliche Daten?
  - \*Kommentare und Hintergrundberichte zu neuen Gesetzesvorhaben (Volkszählungsgesetz,...)
  - \*Übersicht über datenschutzrelevante Gesetze
  - uva
- (Wien 1988, 200.-)

Bei diesem Buch mußte übrigens auf einen gerichtlichen Vergleich hin bei allen noch zur Verfügung stehenden Exemplaren

einige Zeilen auf Seite 115 gestrichen werden. Die gestrichenen Zeilen beinhalten folgende Begebenheit: "Herr N hat ein Sparbuch, laufend auf Überbringer mit Lösungswort. Er möchte das Lösungswort streichen lassen. Der freundliche Schalterbeamte hält ihm das Antragsformular hin, läßt es unterschreiben, tippt einige Codes in den Computer und vermerkt dann die Streichung im Sparbuch. Auf die Idee, Herrn N zu fragen, ob er überhaupt das Lösungswort wisse oder berechtigt sei, es bei einem Überbringersparbuch streichen zu lassen, kommt der Z-Angestellte nicht."

Die durch den von der Z angestregten Prozeß entstand der ARGE Daten ein einigermaßen großer finanzieller Verlust. Allein die Anwaltskosten betragen S 32.197,60. Alle, die S 200.- auf das ARGE-Daten-Konto P.S.K.7214741 Stichwort Prozeßbeitrag einzahlen, erhalten das neue Buch "aSOZIALeDATEN" kostenlos zugesandt.

Das Buch erscheint im Herbst 1989 und wird S 110.- kosten. Schwerpunkt des Buches sind Datennutzungen im Sozialbereich.

Die Bestelladresse:  
ARGE DATEN, Liechtensteinstraße 94  
Wien 9

che und diskriminierende Eintragungen zu befürchten sind. 5 Jahre nach letztem Kontakt zum Arbeitsamt erfolgt in der Regel eine Löschung der Personenstammsätze, da die Rechnerkapazität nicht ausreicht.

### Rechtsgrundlage

für dieses Datenverarbeitungssystem sind das Arbeitsmarktförderungsgesetz von 1969 und das Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1977. Zwei Gesetzesdinosaurier, die alle Jahre wieder den veränderten wirtschaftlichen Gelegenheiten angepaßt werden.

arbeiten und zu übermitteln sind.

Laut Paragraph 6 Datenschutzgesetz ist die Verarbeitung dann rechtmäßig, wenn diese auf gesetzlicher Grundlage erfolgt oder für die Durchführung gesetzlicher Aufgaben wesentliche Voraussetzung ist.

Auch bei weitherzigster Interpretation muß bezweifelt werden, daß die Speicherung diskriminierender Aussagen irgendeine gesetzliche Grundlage hat. Es muß davon ausgegangen werden, daß zehn- bis hunderttausende ÖsterreicherInnen von diesem Datenmißbrauch betroffen sind.

hauptung allerdings. Struktur und Art der diskriminierenden Informationen lassen darauf schließen, daß BeamtInnen der Arbeitsmarktverwaltung geschult und instruiert wurden, darartige Informationen systematisch in den Computer einzugeben. Das Angebot, sich als Betroffene an den Minister zu wenden ist mehr als ein schlechter Witz. Denn wer weiß schon, ob sie/er Betroffene/r ist, wenn auf Anfragen (gesetzeswidrigerweise) nur unvollständige bzw irreführende Datenauskünfte erteilt werden.

Zur Praxis der Datenauskünfte nach dem Datenschutzgesetz bilanzierte die ARGE Daten allgemein: Sie ist erschreckend: Einfache Auskunftsschreiben werden nicht beantwortet, sondern von Rechtsanwälten abgelehrt.

Auskunftssuchenden Leuten werden Kostennoten vorgelegt. Oft unter Berufung auf das Datenschutzgesetz. Dies, obwohl die Auskunft über aktuelle Daten gratis ist. Bisher eine Vorgangsweise dubioser Kleinverlage oder Firmen, die schnelles Geld machen wollten. Eine schlichtweg illegale Vorgangsweise, die mit der Uninformiertheit der Leute spekuliert.

Betroffene werden "belehrt", sie seien unmögliche Menschen, wenn sie Auskunft wollen: "Ihre Sorgen möchte ich haben", "Was liegt Ihnen daran, fleißige Menschen von der Arbeit abzuhalten."

Immer mehr Lücken im DSG werden offenkundig.



Zum Zeitpunkt der Verabschiedung war von flächendeckenden EDV-Systemen keine Spur. Die Gesetze enthalten daher auch keine brauchbaren Normierungen, welche Daten tatsächlich zu ermitteln, zu speichern, zu ver-

In einer ersten Reaktion auf die Vorwürfe antwortete das Sozialministerium, daß es sich hierbei wohl um Einzelfälle handelte, und sich Betroffene an den Minister wenden mögen. Die ARGE Daten bezweifelt diese Be-

### Junki Wehrmann: Bärlinnen, 3. Folge



Das wars dann! Schluß mit den Gebärdn! Auf Seite 20 kommen Zieglinnen!

# Multinationale Konzerne in Österreich

(s.u.)

Eine jüngst erschienene Studie beschäftigt sich mit den Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen auf die österreichische Wirtschaft seit Anfang der 80er Jahre. Gemeint sind mit dem Begriff "Ausländische Direktinvestitionen" primär Investitionen von multinationalen Konzernen: Rund die Hälfte der durch ausländische Direktinvestitionen geschaffenen Arbeitsplätze sind in Tochtergesellschaften, deren Mutter jeweils mehr als 100 000 Beschäftigte haben. Ihr Beitrag zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in Österreich ist beachtlich: die 7 größten der untersuchten 36 Unternehmen erwirtschafteten gut 3/4 des Gesamtumsatzes. Für die heimische Industrie sind sie sicher keine schwache Konkurrenz: Die ausländischen Tochtergesellschaften arbeiten wesentlich produktiver, will heißen: sie produzieren in der gleichen Zeit außer mehr Waren auch mehr Arbeitslose als die österreichische Industrie. Außerdem reagieren sie schneller auf Marktveränderungen: Beschäftigten- und Umsatzzahlen unterliegen höheren Schwankungen. Auch die Gewinne stimmen. Jährlich wandern aus Österreich 5 bis 6 Milliarden öS als Gewinntransfers aus (zum Vergleich: die seitens der ÖVP unter Beschuß geratene Aktion 8000 hatte 1987 ein Volumen von nicht einmal 0,5 Mrd öS).

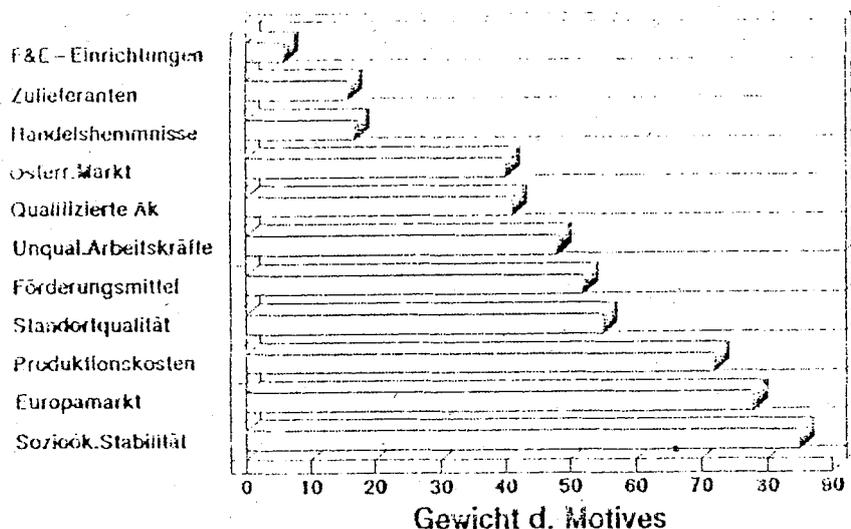
Die durch die Multis entstandenen Arbeitsplätze sind nicht so mies wie zu erwarten gewesen wäre, bzw sehr uneinheitlich: der Facharbeiteranteil ist deutlich überdurchschnittlich, der Angestelltenanteil leicht unterdurchschnittlich (bei beiden spricht ein hoher Anteil für die Qualifikation der Arbeitsplätze) und der Frauenanteil überdurchschnittlich (was, da Frauen in der Industrie in der Regel schlecht qualifizierte Arbeiten verrichten müssen, darauf hindeutet, daß für Österreich weder die These der verlängerten Werkbank [Österreich als 3. Welt] noch die von den high-tech Arbeitsplätzen zutrifft. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Löhnen, die eher branchenspezifisch als nach Eigentumsverhältnissen erklärbar sind. Zu beachten dabei ist aber, daß die

ausländischen Unternehmen bei einer wesentlichen höheren Produktivität (Wertschöpfung pro Beschäftigten ist beispielsweise um 25% größer) in etwa gleiche Löhne zahlen wie einheimische Betriebe.

Ein ähnlich komplexes Bild zeichnet sich bei der Analyse der Forschungstätigkeit der untersuchten Unternehmen: Im Durchschnitt geben sie doppelt soviel für Forschung und Entwicklung aus wie die österreichische Industrie (5 statt 2 % des Umsatzes). Ihr Anteil an den gesamten österreichischen Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben ist 10%, der an den Beschäftigten (????wie was wo???; Ich kann das Manuskript nicht lesen!;

bestimmt und entspringt so auch nicht den österreichischen Bedürfnissen. Die heimische Zulieferindustrie kriegt von der regen Forschungstätigkeit auch nicht viel mit: rund 50% der zugelieferten Produkte sind Standardware ohne innovatorischen Gehalt. 3/4 ihrer Vorleistungen beziehen die ausländischen Firmen ohnehin aus dem Ausland. Die Verflechtung der Multis mit der heimischen Industrie ist somit denkbar schlecht (je kleiner das ausländische Unternehmen, desto bessere Verbindungen bestehen zur heimischen Industrie).

Im Ganzen ergibt sich also ein eher widersprüchliches Bild der Multis und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen



Die Rangordnung wichtiger Ansiedlungsgebiete

Anm.d.T.). Das Bild der forschungsfreudigen Multis wird etwas abgeschwächt, wenn man/frau berücksichtigt, daß es sich bei den untersuchten Unternehmen um junge dynamische Unternehmen handelt und der Großteil der Investitionen in Wachstumsbranchen getätigt wird, in denen der Forschungs- und Entwicklungs-Anteil überdurchschnittlich ist. Weiters ist zu berücksichtigen, daß die österreichischen Forschungsausgaben im internationalen Vergleich ohnehin sehr niedrig sind. Die Grundtendenz bleibt aber: Durchschnittlich forschen die Multis in Österreich relativ viel.

Die Forschung der Multis wird jedoch meist von den Muttergesellschaften

für Österreich: Kapitalabfluß und schlecht qualifizierte (Frauen-)Arbeitsplätze einerseits, hoher Forschungsaufwand und FacharbeiterInnenanteil andererseits. Die Erklärung dafür liegt in den Eigenheiten der Multis und Österreichs spezifischer Stellung in der (kapitalistischen) Weltwirtschaft. Meist verbleiben die Managementpositionen der Multis im Ausland (Europazentralen in der Schweiz, der BRD, in Großbritannien,...), die auch für die österreichische Niederlassung einen Großteil der Verwaltungsarbeiten übernehmen, was den geringen Angestelltenanteil erklärt.

Bei der Beurteilung der Ausländi-

schen Direktinvestitionen ist branchenspezifisch vorzugehen. Während zB in der Kraftfahrzeugindustrie Österreich in den letzten 15 Jahren zum Zulieferer der Westeuropäischen Automobilindustrie verkommen ist, und so Österreichs direkte Konkurrenzländer wie Spanien, Griechenland, Irland oder die Schwellenländer sind, werden in der chemischen Industrie teilweise hochwertige Arbeitsplätze geboten. Volkswirtschaftlich sehr problematisch sind ausländische Investitionen in Sektoren wie der Elektroindustrie, wo der Auslandseinfluß bereits sehr groß ist (Elektroindustrie 2/3). Eine genaue branchenspezifische Untersuchung liegt aber zur Zeit noch nicht vor.

Kritik ist vor allem an der derzeitigen Ansiedlungspolitik bzw der Förderung der Ausländischen Direktinvestitionen zu üben:

90% der untersuchten Projekte wurden gefördert (siehe Kasten). Da erstens die Multis nicht gerade unter Geldmangel leiden, und zweitens etliche Projekte volkswirtschaftlich nicht sehr sinnvoll waren, könnten diese Mittel zweifellos sinnvoller (Arbeitsmarktpolitik, Verstaatlichte,...) verwendet werden.

Titel der Studie:

Ausländische Direktinvestitionen in Österreich / Glatz, Moser; Campus 1989 von denselben Autoren erschien zum gleichen Thema in "Wirtschaft und Gesellschaft 1/89" ein Artikel "Ausländische Direktinvestitionen und Industriepolitik", der, da nicht so akademisch, leichter lesbar ist.

### Die Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur der Betriebe im Vergleich zu den Industriebranchen

Branchen	Personalstruktur Anteile in %					
	Facharbeiter		Angestellte		Frauen	
	Ind. Ø	Unters.	Ind. Ø	Unters.	Ind. Ø	Unters.
Elektro	19	22	31	26	37	39
Fahrzeuge	34	47	22	23	14	8
Chemie	15	17	23	49	29	47
Maschinen	36	55	27	22	13	9
Eisenwaren	18	11	26	16	30	53
Gießereien	20	17	25	18	14	37
Metallverarb.	15	38	12	5	17	13
Sonstige	--	28	--	51	--	33
Summe	20	28	31	28	31	32

## Hohe Tauern:

# Strahlender Nationalpark?

(Gamma-Strahlenmeßstelle:tb/gr)

Die offiziell verlautbarten Strahlenmeßwerte werden von atomkritischen Organisationen gern kritisiert. Neu ist, daß sie ihnen zu hoch sind.

Ganz entgegen den üblichen Gepflogenheiten veröffentlichte nämlich vergangenen Sommer die Tiroler Landesbehörde bereitwillig und lautstark Meßergebnisse, denzufolge die radioaktive Belastung im Bereich des geplanten Nationalparks Hohe Tauern extrem hoch sei. Die hohe Belastung vor allem im Dorfertal schien der Landesregierung durchaus gelegen zu kommen: die wirtschaftliche Basis der Bevölkerung, die sich seit Jahren gegen die Errichtung des Kraftwerks Dorfertal wehrte - Almwirtschaft und Fremdenverkehr - wäre durch die Strahlung gefährdet. So schien die Situation geeignet, die Betroffenen zum Einverständnis mit dem Projekt zu bringen - d.h. zur Aufgabe ihres Landes.

"Aufgrund dieser außergewöhnlichen Situation", erklären die MitarbeiterInnen der Gamma-Strahlenmeßstelle des Ökologie-Institutes, "haben wir uns entschlossen, den Sachverhalt aufzuklären, anstatt nur einige Extremwerte bekanntzumachen". In einer kürzlich veröffentlichten Studie\* kommen

sie zu dem Ergebnis, daß die radioaktive Belastung der Region sehr stark variiert. Auch sind - trotz teilweise hoher Bodenbelastung - landwirtschaftliche Produkte von kultivierten Böden nur gering belastet.

Daraus ergibt sich zwar, daß das Risiko für UrlauberInnen in der Gegend nicht größer ist als anderswo in Österreich, problematisch ist freilich die Situation für die Bäuerinnen und Bauern, die dort Almwirtschaft betreiben. Ihre Belastung ist weitaus höher. Aber auch ihnen nützt es sicher mehr, wenn ihr Risiko genau untersucht und bekannt gemacht wird, als wenn verunsichernde Spitzenwerte publiziert werden.

Nachdem die Planung für das Kraftwerk Dorfertal mittlerweile eingestellt sind, dürfte dem auch nicht mehr viel im Wege stehen.

\* Peter Bossew, Antonia Wenisch, Gabi Mraz: Untersuchung der radioaktiven Belastung durch die Reaktor-katastrophe von Tschernobyl im Gebiet des Nationalparks Hohe Tauern.

Erhältlich bei der Gamma-Strahlenmeßstelle, 1090, Währingerstr.59, Tel. 0222/48 22 89

# Lernen und Leben

## Die freien Alternativschulen in Wien

(Dachverband der Wiener Alternativschulen)  
Nahezu unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit entwickelte sich in den 70er Jahren in Wien eine Kindergruppenbewegung. Der bis dahin (und weitgehend noch heute) vorherrschende Umgang der (meist staatlichen) Institutionen mit den Kindern - von der möglichst pflegeleichten Aufbewahrung bis zum Drill - wurde besonders von jungen Eltern abgelehnt. Sie wollten, daß ihre Kinder möglichst frei aufwachsen und nicht nach alten Vorstellungen "erzogen" werden.

Da solche Möglichkeiten aber von niemandem "angeboten" wurden, mußten sie erst selber geschaffen werden. Unter großen Mühen entstanden die ersten Kindergruppen - heute sind es schon über 30. Allmählich gab es auch mehr Unterstützung durch die öffentliche Hand, es wurde zunehmend anerkannt, daß hier sehr wohl für die Entwicklung der Kinder positive Experimente gewagt wurden.

Natürlich stellte sich für die Kindergruppen-Eltern bald die Frage, was denn "danach", nach der "Kindergartenzeit" mit ihren Kindern geschehen soll. Es ist zwar weit schwieriger, eine Schule zu gründen - zB sind auch kompliziertere rechtliche Fragen zu berücksichtigen - aber manchem Gruppen waren so gefestigt, daß sie schon ein weiteres Experiment wagen konnten.

Viele Eltern (Elterngruppen) nutzten den Umstand, daß es in Österreich wohl eine Unterrichts-, nicht aber eine Schulpflicht gibt. Sie meldeten ihre Kinder von der Regelschule ab und unterrichteten sie selbst. Später wurden auch LehrerInnen angestellt, die jedoch von Beginn an ganz andere Aufgaben hatten als ihre KollegInnen an Regelschulen. Sie waren keine PaukerInnen, sondern mehr BegleiterInnen der Kinder.

Die ersten Alternativschulen (Freien Schulen) waren entstanden, und sie entwickelten sich unaufhaltsam weiter, trotz aller Schwierigkeiten, Behinderungen und Unzulänglichkeiten. Viel persönliches Engagement und

Einsatz waren nötig. Alle Schulen waren relativ klein und es waren relativ wenig Leute - in der Hauptsache Frauen - die diese Bewegung getragen haben. Lange Zeit wankte jede dieser freien Schulen mehr oder weniger alleine vor sich hin. Alle Probleme, von den pädagogischen bis zu den Subventionsfragen wurden daher alleine angegangen.

Im Oktober 1988 wurde der Verein Wiener Alternativschulen, der Dachverband der Freien Schulen in Wien, gegründet. In diesem Dachverband sind alle - derzeit fünf - Wiener Freien Schulen zusammengeschlossen. Die Notwendigkeit eines solchen Dachverbandes war eigentlich seit langem offensichtlich, eine engere Zusammenarbeit in organisatorischen, finanziellen und pädagogischen Fragen schien allen wünschenswert.

Konkreter Anlaß für die Gründung war dann das Projekt "Verfassungsgerichtshof-Klage". Dabei geht es darum, daß die sogenannte öffentliche Hand - Schulbehörden bzw Finanzministerium - trotz Anträgen, Bitten, Vorhaltungen und Forderungen nicht bereit ist, unseren Schulen einen entsprechenden Teil der LehrerInnen-Gehälter, der Miete etc zu bezahlen, so wie sie es ja auch bei allen konfessionellen und bei verschiedenen "etablierten" Privatschulen macht. Wir sind also finanziell kraß benachteiligt, denn für unsere Kinder erspart sich der Staat ganz einfach die Kosten, die er sonst für jedes Schulkind zu tragen hat.

Nun wollen wir im Wege einer Klage erreichen, daß der Verfassungsgerichtshof feststellt, daß diese Benachteiligung der Verfassung widerspricht und daher zu beseitigen ist.

Für dieses - sehr langfristige - Projekt werden wir nicht nur viel Geduld, Zeit und Energie brauchen, sondern vor allem auch: viel Geld. Wir sammeln daher Spenden, um die Belastung der Schulen, d.h. der Eltern etwas in Grenzen zu halten.

"Solidaritätskonto Gleichbehandlungsklage"  
Kto.Nr. 03010 303 425, BAWAG  
Informationen beim Verein Wiener Alternativschulen,  
1060 Wien, Hofmühlgasse 2

5. bis 9. Juni, VHS Ottakring

LERNEN UND LEBEN  
Die freien Alternativschulen stellen sich vor

5.6.  
Freie Alternativschulen - was ist das?  
Geschichte der Alternativschulen (Susi Jerusalem, Monika Roth)

Grundsätze und Kurzdarstellung der 5 Freien Alternativ-Schulen

Offenes Gruppengespräch

6.6.  
Inhalte und Praxis der Alternativschulen  
Über demokratisches Verhalten und "vernetztes Denken" (Susi Jerusalem)

Wie entstehen Projekte (Jürgen Burgemeister)

Projekt-Basar

Vermittlung der Kulturtechniken (Monika Arth)

7.6.  
Alternativschulen und Regelschulen  
Erziehung zum perfekten Staatsbürger  
(Wolfgang Drasch)

Alternativschul-Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen berichten über Ängste und Erfolge (auch nach der Alternativschule)

Arbeitskreise:

-Alternativschule: Demokratie statt Leistung?

-Rollenfixierung durch die Schule

-Alternativschulen und Schulversuche

-Ausländerintegrationsversuche

Plenum: Berichte aus den Arbeitskreisen

8.6.  
Zukunftsperspektiven

Von den Zeittendenzen zur Utopie (Kindheit, Familie und Schule)

Arbeitskreise:

-Utopien

-Alternativschulforschung

-Gründung von Alternativschulen

-Politische Forderungen für Alternativschulen

Plenum: Berichte aus den Arbeitskreisen

9.6., 18-21 Uhr

Podiumsdiskussion: Die Schulen von Morgen  
mit: Min. Rat Dr Klaus SATZKE (BMUKS), Kurt NEKULA (Stadtschulrat Wien), Dietmar OSINGER (Pädag. Inst.), Martina DUTTER-JONAS (EFEU), Susi JERUSALEM (Wr. Freie Alt. Schulen), Erna DITTELBACH (Lehrerin), Moderation Michaela JUDY

## "Brücken in die Zukunft"?

(igara)

Am Samstag, dem 20. 5. 89 fand im Wiener Kongreßhaus ein internationales Fest unter dem Titel "Brücken in die Zukunft" statt. Eingeladen dazu hatte der "Verein zur Betreuung von AusländerInnen", der auch eine Beratungsstelle am Modenapark eingerichtet hat. Es war ein internationales Kulturprogramm und eine Ansprache von Sozialminister Geppert angekündigt.

Die ganze Veranstaltung hatte eher den Charakter zu bekunden, wie sehr doch die SP gebraucht würde, wenn für die AusländerInnen etwas verbessert werden sollte. In Voraussetzung dessen hatten Leute von der IGARA (Initiative gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus) von Beginn der Veranstaltung an, auf türkisch und deutsch Zettel an BesucherInnen und den Minister verteilt (siehe Kasten).

Der Sozialminister schilderte dann auch in seiner Rede die Lage der AusländerInnen zum Teil durchaus realistisch (vor ca 90% AusländerInnen, die ihre Lage eigentlich kennen dürften).

Natürlich konnte er aber keinerlei Zusagen in Richtung einer wirklichen Verbesserung der Lage der AusländerInnen machen. Vielmehr mußte er sich doch darauf beschränken, die spärlichen, sehr zweischneidigen Reformen aufzuzählen, die ja für einen Teil der AusländerInnen eine nochmalige Verschlechterung ihrer Chancen bedeutet. Mit Zwischenrufen und Pfiffen während der Ministerrede wurde von einigen BesucherInnen versucht, die opportunistische SP-Politik zu entlarven: zB als Geppert Notstandshilfe für AusländerInnen mit Befreiungsschein als ersten Schritt in Aussicht stellte. Ein Berufungsschein bedeutet Gleichstellung mit InländerInnen auf dem Arbeitsmarkt und wird AusländerInnen ausgestellt, die mindestens 8 Jahre durchgehend in Österreich gearbeitet haben.

Die Stimmung im Saal war jedoch eher peinlich berührt, anscheinend wollte man/frau den Minister nicht verärgern, wollte man/frau doch demonstrieren, wie sehr man/frau ihn

braucht. Immerhin bekommt der Verein zur Betreuung von AusländerInnen doch das für seine Arbeit dringend notwendige Geld vom Sozialministerium. Also eine Solidarisierung mit den "StörerInnen" war nicht drin.

Der Minister hielt also seine Rede, die nicht einmal übersetzt wurde, wurde trotz sicherlich auch vorhandenem Unbehagen brav beklatscht und trat erleichtert vom RednerInnenpult. Dann durfte man/frau sich das Kultur-

programm geben.

Nur in Ansätzen ist bei dieser Veranstaltung gelungen, eine Mobilisierung gegen die herrschende Politik zu erreichen. Die Stimmung, daß wir es uns doch mit den "linken" SPLern nicht verscherzen dürfen, wenn sich was ändern soll, überwog aber deutlich.

Kein Hoffen auf verbal-linke Politiker! Selbst-Organisation heißt der Weg!

### 3 Fragen an Minister Geppert

Da Minister Geppert nichts von unverbindlichen Sonntagsreden hält, möchte er heute Antwort auf folgende Fragen geben:

\*Wie begründen Sie eigentlich die Existenz von Sondergesetzen (Ausländerbeschäftigungsgesetz, Fremdenpolizeigesetz, Ausschluß von der Notstandshilfe,...), die AusländerInnen zu Menschen zweiter Klasse machen?

\*Wieso macht sich der ÖGB seit Jahren dafür stark, daß ausländische ArbeiterInnen (wie Vieh) kontingentiert werden, statt für vollständige Gleichberechtigung (zB passives Betriebsratswahlrecht,...) einzutreten?

\*Liegt nicht die Hauptschuld bei der Regierung, wenn an den Grenzen immer wieder politisch Verfolgte ins Herkunftsland zurückgewiesen werden und ihnen verweigert wird, einen Asylantrag zu stellen?

## KPÖ:

### "Ausländerplage nimmt immer mehr zu"

(Zitat: "Rundschau für die Bezirke Baden, Triestingtal und Ebreichsdorf Nr 35; 27.8.87"

Die AusländerInnenfeindliche Hetze der "Kommunistischen Partei" Österreichs

(gv)

Die KPÖ bringt verschiedene Bezirkszeitungen heraus, die angefüllt sind mit Werbung, Klatschnachrichten, Polizeiberichten, Sport und Eigenwerbung.

Eine solche Bezirkszeitung ist auch die "Rundschau" für die Bezirke Baden, Triestingtal und Ebreichsdorf. In dieser Gegend liegt auch das Flüchtlingslager Traiskirchen, und es ist wirklich bemerkenswert, was die "Rundschau" darüber immer wieder schreibt...

So wird zB am 17. April 1986 unter der Überschrift "Wurstsemmeln fliegen auf die Straße" die "Nachbarschaft" des Lagers Traiskirchen zitiert: "Wurstsemmeln werden da ganz einfach aus dem Fenster geschmissen(...) Wenn man schon jedermann Asyl gewährt, so sollte man wenigstens darauf achten, was mit unserem Steuergeld, das für die Flüchtlinge verwendet wird, passiert!" usw.

Davon abgesehen, daß (falls wirklich mal Wurstsemmel aus dem Fenster geflogen sind), im Lager unzumutbare Zustände bei der Verpflegung herrschen, und etwa islamisch eingestellten Menschen Schweinefleischsemmel serviert werden: Die KP nährt und unterstützt hier offen AusländerInnenfeindlichkeit und Fremdenhaß, oder nimmt ihn zumindestens in Schutz, wenn sie im

Schlußabsatz des zitierten Artikels schließlich schreibt: "Man sollte sich von Aussagen wie diesen, die sicherlich hart an den Bereich des Reaktionären grenzen, nicht verleiten lassen, ein Bild der Ausländerfeindlichkeit von den Badnern zu zeichnen. Angesichts von Zuständen, wie sie in der Valeriestraße an den Tag gelegt werden, darf man sich jedoch nicht wundern, wenn rauhe Töne laut werden..."

Ein Artikel am 27. 8. 87, der hauptsächlich darüber schimpft, daß Lagerinsassen einen Park bei der Volksschule benutzen wurde schließlich mit "Traiskirchen: Ausländerplage (!) nimmt immer mehr zu" übertitelt.

Die Überschrift schlägt dem Faß den Boden aus! Flüchtlinge, ja AusländerInnen werden generell als "Plage" beschimpft - Staberl könnte es auch nicht viel übler. Und so zieht sich die Berichterstattung der "Rundschau" über die Jahre hinweg bis heute. So schreit in der Rundschau vom 18. 5. 89 der "Kommunistische" Gemeinderat nach mehr Gendarmerie gegen die Flüchtlinge. Der nach Bild-Krone-oder-so-Machart aufgepuschte Hintergrund: "Bewaffneter Lagerbewohner kam in den Kindergarten"

# Shell, eine harte Muschel

## Der unaufhaltsame Aufstieg der Royal Shell

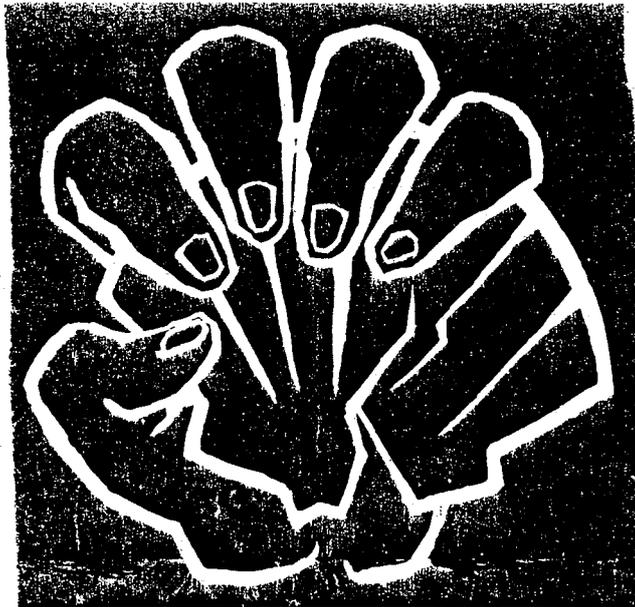
(o)  
SHELL, das ist unter anderem die Geschichte des holländischen Kolonialismus. Gegründet 1890 als Royal Dutch Oil Company zur Ausbeutung der Ölvorkommen in "Niederländisch-Ostindien", gewinnt sie durch Verquickung mit der holländischen Kolonialverwaltung bald die uneingeschränkte Vorherrschaft in den indonesischen Kolonien. Nach Vereinigung mit der britischen "Shell Transports" übernimmt die nunmehrige Royal Shell 1910 große Ölfelder am Kaspischen Meer von Baron Rothschild und wird neben Standard Oil zum größten Ölproduzenten im asiatischen Raum.

Der erste Weltkrieg wird zu einer Goldgrube für Shell: Shell liefert an alle kriegsführenden Parteien, aus Borneo an Frankreich, die rumänische Tochter Astra an die Deutschen, aus türkischen Ölfeldern an die türkische Armee, vom Kaspischen Meer für das zaristische Regime....zwischen 1914 und 1939 verzehnfacht Shell sein Kapital.

Eine große Rolle spielt Shell auch in der Finanzierung der russischen Konterrevolution, vergebens: die Ölvorkommen werden nationalisiert. Shell verliert knapp ein Drittel seiner Ölquellen und das ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß die Niederlande die Sowjetunion erst 1942, 25 Jahre nach der Revolution anerkennen, als letzter Staat Europas.

Wichtigstes (aber lang nicht das einzige) Verbindungsglied zwischen Shell und dem niederländischen Staat ist in der Zwischenkriegszeit H. Colijn, Vorsitzender der Antirevolutionären Partei und Königsmacher mehrerer holländi-

scher Regierungen. Als Kriegsminister verordnet er 1912 die Umstellung der gesamten Marine auf Heizöl. Nutznießer dieser Maßnahme: Shell. Belohnung für Colijn: Ein Direktorenposten bei der Bataafse Petroleum Maatschappij, der wichtigsten Tochtergesellschaft von Shell. Böse Zungen



nennen die niederländischen Regierungen dieser Zeit auch Ölregierungen.

Colijn und andere leitende Angestellte der Royal Shell hatten gute Kontakte zu den niederländischen Faschisten, H.W.A. Deterding Generaldirektor der Shell finanziert mit großzügigen Summen das nationalsozialistische Wochenblatt 'De Waag'. Auch den deutschen Nazis wurde von Shell finanzkräftig unter die Arme gegriffen, wie u.a. in den Tagebüchern von Go-

"Ich habe gehört, daß Shell der Champion der Menschenrechte ist. Ich bin froh das zu hören, weil wir Schwarzen in Südafrika wußten das nicht. Das einzige, was wir wissen ist, daß alle Militär-Fahrzeuge mit Shell-Benzin in unseren Townships herumfahren, um unsere Menschen zu terrorisieren. Ihr könnt das nicht zulassen, ihr könnt nicht tolerieren, daß südafrikanische Flugzeuge versorgt mit Shell-Kerosin Menschen töten in Angola und Mozambique. Shell braucht nur eins zu tun, Shell muß sich zurückziehen aus Südafrika, umso eher, desto besser." Allan Boesak auf der großen Anti-Apartheidsdemonstration vom 11.6.88 zu Amsterdam.

ebels nachzulesen.... folgerichtig investierte die Deutsche Bank in Shell, folgerichtig stützte Shell mit massiven

Reichsmarkankäufen die Reichsmark, die nach der Machtübernahme durch die Nazis ziemlich ins Schwanken geraten war, folgerichtig liefert Shell durch seine Tochter Astra an die deutsche Wehrmacht....und verdiente wieder einmal gut: zwischen 1939 und 1949 gelang es der Shell ihr Kapital gut zu vereineinhalbfachen.

### Shell heute - in Südafrika und anderswo

Shell ist heute einer der umsatzstärksten Multis der Erde. Shell ist u.a. z.B. größter Saatgutproduzent der Erde, und überhaupt stark engagiert in Sachen Biotechnologie.

In Südafrika ist Shell größter Auslandsinvestor, und größter Produzent von Ölprodukten. Als Dank für seine treuen Öllieferungen trotz des OPEC-Boykotts

von 1974 erhielt Shell, wie andere Ölmultis auch, feste Anteile am Kohleexport (Kohle ist, nebenbei, Südafrikas zweitwichtigste Devisenquelle nach Gold).

Seit 1982 auch Brunei dem OPEC-Boykott beitrug, liefert Shell nicht mehr offiziell an Südafrika; nur noch durch Zwischenhändler und über verdeckte Konstruktionen. Die Shell-Zentrale in den Niederlanden "weiß nicht, wo Shell-Südafrika seine Öllieferungen herbekommt", die in der

größten Südafrikanischen Raffinerie, der SAPREF, in Durban (50% Shell, 50% BP) verarbeitet werden.

Dem Südafrikanischen Militär liefert Shell 18 % seiner Brennstoffe, 800 000 Liter Öl und Benzin pro Tag, daneben bestehen handfeste Vermutungen, daß

Shell Militär und Polizei auch mit Kerosin, Heizöl, Rohstoffe für Napalm und Nervengase und vielem anderen versorgt. Außerdem finanziert Shell gehorsam (wie im National Key-Points Act festgelegt) ständig Objektschutztruppen für wichtige Versorgungspunkte (Raffinerien, Tankstellen...), die unter dem Oberbefehl des Heeres stehen und auch für andere Heeresoperationen eingesetzt werden können.

Öl ist die Achillesferse des südafrikanischen Staates, denn Südafrika muß 2/3 seines Ölverbrauchs importieren. Shell und andere Ölmultis sind somit von enormer Wichtigkeit für die Stabilität des Apartheidregimes.

Wie wirksam ein Ölembargo sein kann zeigte sich, als nach dem Sturz des Schah 1979 Südafrika seine wichtigste Bezugsquelle für Öl verloren hatte. Südafrika wurde zwar z.B. von Brunei versorgt, konnte aber, um seine eigene Versorgung nicht zu gefährden, den Ölboykott gegen das damalige Rhodesien nicht mehr weiter unterlaufen - ein Jahr später, 1980, wird der rassistische Diktator Ian Smith trotz der modernst ausgerüsteten Regierungstruppen von der Widerstandsbewegung aus dem Land gejagt.

Shell und andere Multis sind allerdings nicht nur wegen des Öls von großer Bedeutung für das Rassistenregime. Eine große Rolle spielt der Multi Shell auch wegen seiner internationalen Organisation. Was in den Shell-Laboratorien in der ganzen Welt oder in Zusammenarbeit mit anderen Konzernen geforscht wird ist überlebenswichtiges Know-how für den Apartheidsstaat - so ist zB: die von Shell betriebene Biomasseforschung für einen derartig vom Ölimport abhängigen Staat höchst interessant. Neben dem Zugang zu internationalem Knowhow profitiert Südafrika aber auch von den Absatzchancen am internationalen Markt, die ihm durch Shell geboten werden - zB in Sachen Kohle (siehe oben)

Staatsmacht und Shell arbeiten aber nicht nur in Südafrika zu beider Vorteil derart prächtig zusammen. Ein Beispiel aus den Niederlanden: Über seine Tochter NAM hält Shell 50% des Erdgasvertriebs in den Niederlanden in der Hand. Da in

den Niederlanden die Erdgaspreise an die Ölpreise gekoppelt sind, stiegen zur Zeit der Ölkrise 1973 auch die Erdgaspreise. Willkommener, leicht verdienter Extraprofit für Shell. Die hohen Erdgaspreise schmeckten aber anderen Betrieben, Erdgasgroßverbrauchern nicht. Daraufhin legt der Staat verbilligte GroßverbraucherInnen tarife fest, der verlorene Extraprofit konnte und kann aber von KleinverbraucherInnen durch Tariferhöhungen wieder hereingeholt werden.

### Multis sind nicht nur smarte Nutzniesser ...

...von Unterdrückungsverhältnissen, sie setzen ihre Macht aktiv ein um eben diese Unterdrückungsverhältnisse zu schaffen und zu erhalten. Shell stellt sich selbst als guter Vater seiner ArbeiterInnen hin, als beispielgebendes Unternehmen für die Überwindung der Apartheid in Südafrika. Aber Shell geht mit schwarzen ArbeitnehmerInnen nicht besser um als jeder andere Betrieb in Südafrika. In der SAPREF-Raffinerie wurde die Gewerkschaft überhaupt nicht anerkannt, bei der Shell-Tochter Cadac, die Gasbrenner herstellt, erhielten die Arbeiter erst nach 5-wöchigem Streik, eine Erhöhung des Stundenlohns von R3.30 auf R3.95, was immer noch nicht dem Durchschnittslohn der Branche entspricht. Wieder in einem anderen Shellbetrieb, wird nach zwei Wochen Streik, um die Löhne der Lebenskostensteigerung anzupassen, die Minenpolizei auf die Streikenden Minenarbeiter losgelassen. Fazit: 31 Verletzte. Einige Arbeiter, die von Shell

wegen Nötigung angeklagt werden, werden trotz Freispruchs durch südafrikanische Gerichte(!), entlassen.

So gesehen ist es naiv zu sagen "Wie können sie nur so unsensibel sein und in Südafrika Geschäfte machen" - Verhältnisse wie in Südafrika bestehen unter anderem darum, weil sie für Multis die günstigsten Umstände für ihren Profit darstellen. Ohne Multis wäre Südafrika nicht Südafrika.

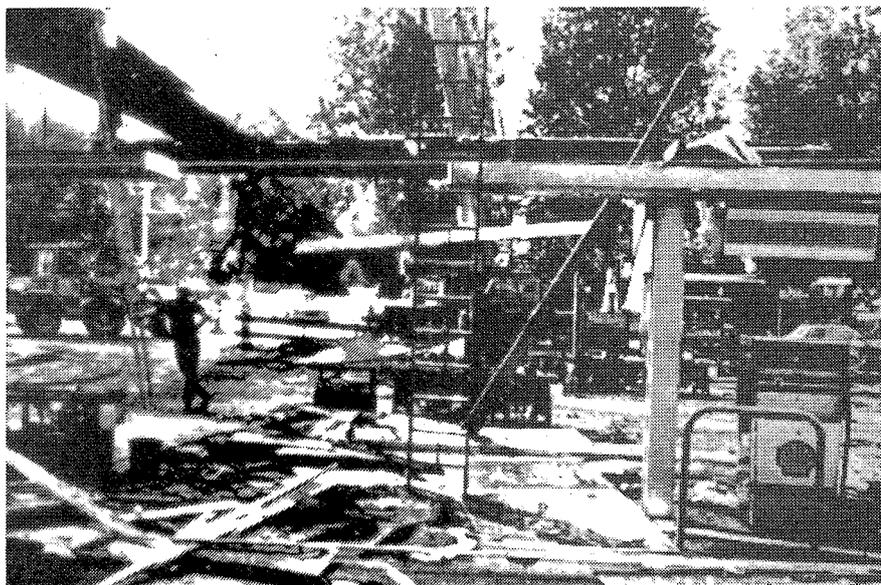
Blättern in der Novembernummer von "SHELL FENSTER" finde ich wieder einen Artikel über Shells Beweggründe, doch in Südafrika zu bleiben.

Dann bekriecht dich die unvorstellbare Idee, daß es ihnen echt nicht gelungen ist, ein Foto zu finden, auf dem schwarz und weiß zusammenarbeiten

Big Shell Zuid Afrika werken  
blanken en zwarten samen



**16. Juni ist Sowetotag! (Am 16. Juni 1976 richtete die Polizei in Soweto ein Blutbad unter demonstrierenden SchülerInnen an) Nicht vergessen!**



## Belgien:

**Der Kampf der Minenarbeiter von Limburg**

(zusammen/gekürzt)

Seit 23 Jahren kämpfen die Limburger um ihre Arbeitsplätze. Sie sind unrentabel, sagen die Manager. Sie müssen weg.

Der Manager Thyl Gheyselincq ist seit 1986 Generaldirektor der staatlichen Bergwerksgesellschaft KS ("Kempense Steenkoolmijnen"), der die Limburger Zechen gehören. Er ist hergekommen, um zuzusperren. So lautet sein Auftrag. Vorher war er Manager bei SHELL. Man kann nicht beweisen, daß er heute noch auf der Lohnliste seiner früheren Firma steht. Aber jeder in Limburg ist davon überzeugt. Egal: Auch ohne Schmiergeld ist Gheyselincq ein reicher Mann. Er erhält vom Staat ein Jahresgehalt von 30 Millionen belgischen Francs (etwa 10 Millionen Schilling).

Fest steht, daß SHELL die Kohlenminen weghaben will. Und daß Gheyselincq genau das tut, was SHELL von ihm verlangt. SHELL hat den Kohlenhandel in der Hand. SHELL führt Kohle aus Südafrika nach Belgien ein, und hat an der belgischen Küste eine eigene Hafenanlage dafür gebaut. Billige Kohle - aus einem Land, wo man den schwarzen Bergarbeitern Hungerlöhne zahlt. Das ist rentabel. SHELL hat auch von der belgischen Regierung die Abbaurechte für Erdöl und Erdgas erworben, wovon man in Limburg große Mengen zu finden hofft.

Thyl Gheyselincq hat einen Plan gemacht, was mit Limburg geschehen soll. Den "ERC-Plan" (ERC = Educatief Rekreatief Centrum). Wo die Bergwerke waren, soll ein riesiger Freizeitpark entstehen. Ein Wunderland der Technik, ein Disneyland. Vier

Millionen Menschen pro Jahr sollen den Park besuchen. Das Projekt kostet 30 Milliarden belgische Francs und angeblich soll es 4000 neue Arbeitsplätze bringen. Vor allem Saisonarbeitsplätze für Frauen: Verkäuferinnen, Serverinnen in den Raststätten und Hotels. Unter der Erde, in den frühe-



ren Minen, soll der Atommüll gelagert werden, aus den Kernkraftwerken ringsum.

Bei der Mine Zwartberg hat der Kampf vor 23 Jahren, 1966, begonnen und endete mit einem Kompromiß. Zwartberg wurde im folgenden Jahr stillgelegt, aber der König schloß mit den Arbeitern im Februar 1967 einen Vertrag. Er versprach, daß keine der fünf anderen Minen (Beringen, Zolder, Eisdén, Winterslag und Waterschei) geschlossen wird, bevor in Limburg neue Industrien entstanden sind. Diesen Vertrag versuchten die belgischen Regierungen immer wieder zu brechen. Immer wieder sind sie am Widerstand der Arbeiter gescheitert.

Als der Gheyselincq-Plan in den Zeitungen stand, traten die Arbeiter (ca. 15000) der fünf Minen in den Streik. Viele Wochen lang, im Frühjahr 1987. Sie schlossen sich zur "Mijnwerkersfront" zusammen und kämpften ohne Unterstützung der Gewerkschaften, deren Führer sich mit der "wirtschaftlichen Notwendigkeit"

abgefunden haben. Der Streik endete mit einem Mißerfolg: drei Minen (Eisdén, Waterschei und Winterslag) wurden stillgelegt. Die Arbeiter wurden vor die Wahl gestellt: Freiwillig zu gehen, mit Prämien und Frühpension - oder bis zum Jahr 1996 zu bleiben. So lange wollte die Regierung

die Arbeitsplätze in den letzten Minen garantieren. Viele sind gegangen. Und jetzt bricht Gheyselincq sein Versprechen. Widerruft den Kompromiß. Die flämische Regierung billigt seinen "Aktualisierungsplan": Die Minen werden nicht erst 1996, sondern spätestens 1992 stillgelegt. Aus diesem Grund kämpft zur Zeit die auf ca. 5000

Arbeiter geschrumpfte Belegschaft um ihre letzten zwei Minen, die den Plänen der multinationalen Konzerne im Weg stehen.

**Aktionstag - 10. April**

Die ganze Belegschaft fuhr nach Hasselt, in die Hauptstadt der Provinz. Es war nicht die Gewerkschaft, die zum Aktionstag aufrief, sondern die Vereinigung der "Opzichers", der Aufseher und Vorarbeiter, unter der Führung von Michel Dylst. Die Polizei versuchte die Brücke über den Albertkanal zu sperren. Die Arbeiter brachen durch mit dem Ruf: "Gheyselincq buiten!" (Gheyselincq hinaus!) stürmten sie die Stadt. Sie eroberten den Bahnhof, setzten sich auf die Schienen, blockierten auch die Schnellstraße - der ganze Verkehr war lahmgelegt. sie zogen zur KS-Zentrale in Houthalen, sie war von der Polizei schwer bewacht. Übers Eingangstor hängten sie ein großes Transparent: "Gheyselincq Bedrieger!" Dann zogen sie sich in die Minen zurück.

## Die Schlacht von Houthalen

Für den 24. April 1989 kündigten die Arbeiter den Marsch auf Brüssel an. Dort warteten 3000 Gendarmen und 600 Mann Sonderkommandos vor dem Parlament, 400 Soldaten und Gendarmen beim Nordbahnhof. Die Arbeiter hatten einen Sonderzug nach Brüssel bestellt, doch sie kamen nicht. "Man hat uns mutwillig in die Irre geführt!" rief der Innenminister Tobback empört. Die Arbeiter fuhrten nicht nach Brüssel, sondern nach Houthalen zur Generaldirektion der "Kemense Steenkoolmijnen". Dort war fast keine Polizei und auch Gheyselick war leider nicht da. Die Arbeiter stürmten das Gebäude, zertrümmerten die Fenster, warfen Aktenbündel heraus und zündeten sie an. Sie beschlagnahmten einen Bulldozer, bauten Barrikaden, ein Lastwagen lud eine Fuhre Sand auf der Schnellstraße ab und blockierten so den Verkehr. In aller Eile zog die Polizei Verstärkung aus Brüssel mit Wasserwerfern und Trä-

nengas heran. Drei Arbeiter erlitten Schädelbrüche. Einem wurde von einer Tränengasgranate die Knie-scheibe zertrümmert. Zwei Arbeitern brach die Polizei mit Schlagstöcken die Beine. Die Arbeiter schlugen zurück mit Knüppel und Eisenstangen. Sie hatten auch einen eigenen Sanitätsdienst, der mit roten Kreuzen an den Helmen gekennzeichnet war. Dreimal haben Polizisten geschossen, wobei zum Glück niemand getötet wurde. Die Polizei verlor viel Material und hatte auch einige Verletzte.

Im offenen Kampf, am 10. und 24. April, behielten die Arbeiter zweimal die Oberhand. Sollte sich das wiederholen, drohte Gheyselick, die Arbeiter auszusperrten.

Michel Dylst in einem Interview: "Die Wut der Minenarbeiter haben wir nicht verursacht, sondern Thyl Gheyselick und die Minister durch ihren Wortbruch. Wir schicken die Arbeiter nicht in den Kampf, sondern die Menschen sind jetzt bereit, bis zum Äußersten zu gehen. Sie sagen: Wenn schon Opfer fallen müssen, dann hoffentlich

nicht auf unserer Seite.... Der Ball liegt nun bei den Politikern. Entweder sie ändern ihre Beschlüsse - oder es werden Aktionen kommen, wie man sie in Belgien noch nie gesehen hat. 1987 waren wir 15000, jetzt sind wir nur mehr 5000 - und doch sind wir stärker. Die Quantität ist geringer, aber die Qualität, die Motivierung, die Aktionsbereitschaft ist 200%!

Die Menschen in Österreich und in anderen Ländern können sich ein Beispiel nehmen an diesem Kampf. Es geht nicht nur um die Minen, sondern um einen Schlag gegen die Politik der Multinationalen. Entweder sie - oder wir.

SPENDEN FÜR LIMBURG  
Postscheckkonto 000-1013744-94 (Belgien, Hasselt)

**Vermerk: Unterstützung gegen Minesschließungen,**  
für: Vriendenkring Zwartberg - Limburg  
Sporwegstraat 72, B - 3500 Hasselt

## Portugal: Otelo ist frei

(zusammen:tb)  
Nach fünfjähriger Untersuchungshaft ist der "Held" der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974, Otelo de Carvalho, am 18. Mai zusammen mit 28 anderen Gefangenen freigelassen worden. Der Verfassungsgerichtshof hat das Urteil gegen ihn aufgehoben. Theoretisch müßte jetzt der Prozeß in zweiter Instanz weitergehen, aber zumindest vorläufig spricht man nicht davon.

## BRD:

## Polizei kämpft Faschisten den Weg frei

(h)  
Am 27. Mai drängen sich 2 500 Alt- und Neofaschisten in die Passauer Nibelungenhalle zu einer Wahlveranstaltung der DVU/Liste D (Deutsche Volkunion/Liste Deutschland). Über 30 Gruppen riefen zu einer Demonstration gegen dieses Treffen auf. 700-800 DemonstrantInnen passieren schließlich diverse Polizeisperrn und treffen sich vor dem Rathaus. Bei der Abschlußkundgebung vor der Nibelungenhalle versuchen DemonstrantInnen die Zufahrtswege zu blockieren. Spezialtruppen der Polizei kämpfen den Weg für die Faschisten frei. Dabei kommt es zu einigen Festnahmen. Um 13.30 Uhr wird die Blockade beendet und die DemonstrantInnen ziehen zu einem Fest. Bei Kongreßende gehen nochmal 300 DemonstrantInnen vor die Halle. Die Polizei schleust die Faschisten aus der Halle. Wieder einige Festnah-

men. Bilanz des Tages: 28 Festnahmen, 21 DemonstrantInnen, 7 bekannte Faschisten.



## Namibia

**SWAPO or not SWAPO; That's the question**

(Christian Neugebauer/ZAST)

Namibia gilt als die letzte Kolonie Afrikas, die ihren dornenvollen Weg in die Unabhängigkeit als 160. Staat stolpert. Damit beginnt nicht nur für Namibia, sondern auch für Afrika endgültig eine neue Epoche - die des Neokolonialismus. Seinen Gesetzen gehorchend, versucht er sich in Namibia einen willfährigen Büttel zu schaffen. Die Agenten in diesem Kampf um Macht, sind die UNO, die USA und die R.S.A (Republik Südafrika). Das Ziel lautet: Destabilisierung des Landes und der SWAPO und die Schaffung eines Marionettenregimes. Die Kampfhandlungen der letzten Wochen im Norden Namibias zwischen den Besatzungstruppen der R.S.A. und der SWAPO - deren Verbände nicht, wie fälschlicherweise behauptet wird, über die angolanisch-namibische Grenze eindringen - sind einzig vor diesem Hintergrund verständlich. "Die Namibia-Frage wird aber meiner Einschätzung nach weiterhin ungelöst bleiben." (P. Jankowitsch, ZAST Nr. 3(1988), S. 9).

Zur Erinnerung die Hauptstationen in Namibias Geschichte und Zukunft, die optimistisch von der UNO in der Resolution 435 niedergeschrieben wurde:

1890: Deutschland erobert die Kolonie "Deutsch-Westafrika". Massaker an den Herero und Ovambo. 1914: Der Völkerbund überantwortet Südafrika das Mandat über Namibia. 1946: Die UNO befürwortet die namibische Unabhängigkeit. 1960: Konstituierung der SWAPO, der einzigen legitimen Vertretung des namibischen Volkes. 1966: UN-Vollversammlung fordert den Abzug der R.S.A. aus Namibia. 1967: UN gründet den Namibia-Rat. 1971: IGH (Internationaler Gerichtshof) erkennt die südafrikanische Okkupation als illegal. UN anerkennt die SWAPO als allein-

igen legitimen Repräsentanten Namibias. 1978: Resolution 435 (Unabhängigkeit Namibias) wird beschlossen. Südafrika hält seitdem Namibia widerrechtlich besetzt und beutet Namibias Naturschätze mit Hilfe der internationalen Multis aus. Sie hinterlassen dem Volke Namibias ein ausgebeutetes, durch Raubbau verwüstetes Land.



Aber nicht nur die wirtschaftliche, auch die militärische und politische Zukunft ist ungewiß, denn der Hauptfeind steht noch fest im Land: Die R.S.A., die Namibias Zukunft nach Resolution 435 ungewiß erscheinen läßt. Am 1. April 1989 Einstellung aller Kampfhandlungen, Freilassung aller politischer Gefangener, Beginn der Aufhebung der Apartheidgesetze, Eintreffen der UNTAG (United Nations Transitional Assistance Group) unter Kommando des Inders General Dewan Prem Chand. Mitte Mai Rückkehr der Flüchtlinge (ca. 70.000), endgültige Aufhebung der Apartheidgesetze, die Truppen der

R.S.A. werden auf 12.000 Mann reduziert, Erlaß der allgemeinen Wahlordnung. Anfang Juni Reduzierung der R.S.A. Truppen auf 8.000 Mann. 1. Juli Reduzierung der R.S.A. Kräfte auf 1.500 Mann, Beginn der WählerInnenregistrierung. Anfang Oktober treffen 800 UN-WahlbeobachterInnen ein. 1. bis 8. November Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung; Ausarbeitung der Verfassung, die mit zwei-drittel Mehrheit beschlossen wird. Mitte November endgültiger Abzug der verbliebenen 1.500 Mann der R.S.A. 1. April 1990: Konstituierung der Regierung und Proklamation des unabhängigen Staates Namibia.

Schon die Vorphase der Zukunft Namibias war heftig umstritten und durch Bruch der Resolution 435 durch die UN gekennzeichnet. Die schweren Kämpfe zwischen den SWAPO-Verbänden und südafrikanischen Truppen in den letzten Wochen im Norden des Landes kosteten der SWAPO an die 300 Tote, die die UNO mitzuverantworten hat. Ursprünglich waren 7.500 Mann für die UNTAG vorgesehen, die die UN aus Kostenersparung auf 4.500 Mann reduzierte. Dadurch wird der R.S.A. die Möglichkeit gegeben, das Land zu infiltrieren und "Savimbis" aufzubauen. Der OAU Generalsekretär I. Oumarou (Organisation of African Unity) protestiert gegen diese Reduzierung der UN-Truppen, da so die UN-Präsenz zur Farce wird, ebenso die Frontstaaten, der ANC, der SACC (South African Council of Churches) und die SWAPO. Eine zynische Ohrfeige ist schließlich der Entschluß der UN, Munition, Benzin und Versorgung für die UNTAG-Truppen von der R.S.A. zu kaufen, was ein Bruch der eigenen Embargobestimmungen ist.

All dies wäre nicht notwendig gewesen, hätte man nicht Schweden auf Drängen der R.S.A., USA und UdSSR - und unter Protest des schwedischen Premierministers I. Carlsson - von der Teilnahme an den UNTAG-Truppen ausgeschlossen. Sie hätten mit 300 Millionen Dollar fast 80% des momentanen UN-Budgets für die reduzierten UNTAG-Truppen (400 Millionen Dollar) selbst getragen. Mit Schwedens Teilnahme hätten die UNTAG-Truppen ohne Probleme 7.500 Mann umfassen können.

Stattdessen setzt man auf einen faulen Frieden. Der SWAPO-Repräsentant Kapula Nauyala in Harare/Simbabwe protestierte schließlich gegen den "special representative of the UN" Marti Ahtisaari (Finnland), der den "Oberbefehl" inne hat, da er parteiisch sei, dessen Rücktritt auch von Sam Nujoma - der Präsident der SWAPO - aufgrund seiner Inkompetenz während der Kampfhandlungen gefordert wird. Zwar trat die provisorische Regierung von Namibia, die allein von der R.S.A. anerkannt wurde, mit 31. März zurück, doch der von Südafrika eingesetzte "Administrator-General" L. Pinaar gilt als unumschränkter Herrscher. Ihm untersteht derzeit die Legislative und die Exekutive. Politische Beobachter erachten Marti Ahtisaari als zu nachgiebig, um sich gegen Pinaar durchsetzen zu können. So billigte Marti Ahtisaari den Einsatz der südafrikanischen Besatzungsarmee in Namibia gegen die SWAPO - SWATF (South West African Territorial Force), weshalb der namibische Kirchenrat ihm auch Untätigkeit und Fahrlässigkeit vorwarf. Der SWAPO Informationssekretär H. Hamutenya sprach gar von "militärischer Naivität der UNTAG-Truppen" (West Africa Nr. 3741).

Am 9. April 1989 wurde die SWAPO - ohne sie zu den Verhandlungen beizuziehen - verpflichtet, ihre KämpferInnen zu entwaffnen und sich in 18 UN-Sammelpunkten zu sammeln. Die SWAPO fürchtet jedoch berechtigt einen Hinterhalt der SWAFT und "verweigert" bis jetzt die Durchführung des Abkommens.

Derzeit wird die Destabilisierung Namibias durch die R.S.A. von der UN passiv hingenommen. So werden die

UNITA-Rebellen in die Wahllisten eingetragen, Terror ausgeübt, die weiße rechtsextremistische "National Party" massiv durch die R.S.A. aufgerüstet und Sezessionsbewegungen im Stile von Savimbis UNITA angestiftet, so die angestrebte Sezession des Caprivi-Streifen durch die CANU (Caprivi African National Union). Umstritten nach Auffassung der R.S.A. ist auch die Zugehörigkeit der "Walvis Bay", die die SWAPO legitim und legal als zu Namibia gehörig reklamiert. Ein Dorn im Auge ist der R.S.A. schließlich die offen angekündigte Unterstützung des ANC durch ein freies unabhängiges Namibia. "Wir wären verrückt, den Kampf des ANC zu verhindern. Wir werden ihn weiterhin unterstützen." (Sam Nujoma, West-Africa Nr. 3736 S. 500) Die R.S.A. droht in einem solchen Falle unverhohlen mit dem Einmarsch in Namibia: "Den Export von Revolution nach Südafrika werden wir nicht tolerieren." (West-Africa Nr. 3736 S. 500). Sollte es dazu kommen, oder zur Installation eines Marionettenregimes in Namibia, kündigte das mächtigste Land im subsaharischen Afrika - Nigeria - die militärische Unterstützung der SWAPO an (vgl. West-Africa Nr. 3729 S. 207). Als massivste Bedrohung ihrer Interessen erachtet die R.S.A. nach wie vor aber die Unabhängigkeit Namibias unter der voraussichtlichen Führung der SWAPO, deren Wahlsieg unter demokratischen Bedingungen nicht zu nehmen sein wird.

Viele Fragen bleiben aber selbst beim friedlichen Übergang zur Unabhängigkeit offen. Wird sich Namibia aus der ökonomischen Umklammerung der R.S.A. befreien können? Kann der Konflikt "Walvis Bay" beigelegt werden? Wird Pretoria fadenscheinige Vorwände nutzen, um in Namibia angolanische Verhältnisse zu schaffen? Wird die nationale Aussöhnung, wie sie von Sam Nujoma angestrebt wird, Wirklichkeit werden und nicht durch die aggressive Destabilisierungspolitik der R.S.A. scheitern? Namibia braucht mehr den je die Unterstützung durch neutrale Staaten und demokratische, antifaschistische Kräfte.

## Kurznachrichten:

### Südafrika

(Ch.N./ZAST)

Drei ANC Mitglieder wurden zum Tode verurteilt - Jabu Masina, Ting Masango und Neo Potsane. Dr. David Webster, ein führender Antiapartheidaktivist, wurde am 1. Mai außerhalb von Johannesburg erschossen. Die Ermordung wurde durch die Regierung der Republik Südafrika informel sanktioniert. Am 7. Mai wurde Dr. David Webster unter Beteiligung des ANC und 3.000 Trauergästen beigeetzt.

Der Stellvertretende Außenminister der UdSSR - Anatoly Adamishin - soll Anfang April in einer Geheimmission die Republik Südafrika besucht haben. Dies wäre der erste Besuch eines sowjetischen Politikers seit den 50er Jahren.

### Nigeria

(Ch.N./ZAST)

Am 12. April 1989 entschloß sich der Nigerian Labour Congress (NLC; gegründet 1978) erstmalig in seiner Geschichte einstimmig, die Gründung einer sozialistischen Partei in Nigeria zu unterstützen. Diese erstmalige Sammlung aller sozialistischen Kräfte in Nigeria löste Panikreaktionen bei der Militärdiktatur aus. Staatspräsident General Babangida drohte dem NLC mit Bann und der Zerschlagung. Führende GewerkschaftsvertreterInnen wurden präventiv inhaftiert, so der Herausgeber des "Labour Militant" Femi Aborisade, der seit Mitte April zu einem urgent case von Amnesty International wurde. Der "The Guardian" (Lagos/Nigeria) spricht von einem historischen Entschluß des NLC.

### Benin

(Ch.N./ZAST)

12 Wochen dauern die StudentInnenstreiks an der Universität Porto-Novo an. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und den Studierenden in Porto Novo. Die LehrerInnen sind seit dem 6. April 1989 landesweit im Solidaritätsstreik. Das "Action Committee" rief in der Hauptstadt Cotonou zum Generalstreik auf.

# Die Staats-Gewalt

## Urteil gegen Uli Winterhalter diese Woche

Während sich die Justiz mit einem harten Urteil gegen Ingrid Strobl Kritik seitens einer vergleichsweise breiten Öffentlichkeit einhandeln wird, liegt dem Stuttgarter Richter Schmid daran, Uli's Prozeß so bald wie möglich über die

Bühne zu bringen. Beweisanträge und Einwände der Verteidigung werden immer wieder mit dem Hinweis auf Zeitdruck und Prozeßfahrplan abgewiesen. Doch offensichtlich ist *der* Zug für Uli ohnehin schon abgefahren.

(tb)  
Sieben Jahre soll Ingrid Strobl bekommen, geht es nach dem Willen der Bundesanwaltschaft (BAW), dazu Führungsaufsicht für die Zeit nach der Haftentlassung. Was Genehmigungspflicht jeder Ortsveränderung, routinemäßige Meldepflicht einmal pro Woche, Kontaktverbot mit anderen nach 129a Verdächtigen oder Verurteilten bedeutet. Zwar wurde vom Vorsitzenden Richter Arend eine Verurteilung "nur" wegen Unterstützung der RZ in Aussicht gestellt, zwar forderte Arend von der BAW den Nachweis der Böswilligkeit des Weckerkaufs, aber -- politische Verfahren spiegeln eben die politischen Kräfteverhältnisse wider.

Mittlerweile hat sich die Verkündung des Urteils gegen Ingrid Strobl weiter verschoben: Der Senat hat für Montag und Dienstag weitere ZeugInnen geladen, durch die die Glaubwürdigkeit der beiden BKA-Zegen überprüft werden soll -- nicht zuletzt unter dem Legitimationsdruck gegenüber der Öffentlichkeit. Falls die von Ingrid's RechtsanwältInnen angeführten Fehler und Widersprüche damit fixiert werden können, fällt das ganze Weckerprogramm in sich zusammen.

Uli's politische Einstellung, Ketanest in einem Plastiksack zusammen mit anderen Medikamenten und die Tatsache, daß Uli eine Frau kennt, die in einer WG mit der bereits nach 129a verurteilten Eva Haule gewohnt hat, sollen für seine Verurteilung ausreichen. Die BAW will damit beweisen, daß Uli für die RAF Tatmittel besorgt haben kann; der Richtersentat fordert

BAW profitieren.

Gleichzeitig versucht das BKA, die Stuttgarter Szene weiter aufzurollen. So wird gegen vier weitere Personen in Stuttgart wegen Mitgliedschaft und gegen eine weitere Person wegen Unterstützung der RAF nach 129a ermittelt. Wenn Uli verurteilt wird, setzt sich das "Zitierkartell" fort: Uli's "Täterschaft" kann als "gerichtsevident" in weitere Verfahren eingeführt werden. Eine Verurteilung jener gemeinsamen Bekannten von Uli Winterhalter und Eva Haule, die "Befehle" und "Tatmittel" weitergegeben haben soll, ist somit für die BAW problemlos durchsetzbar.



kein Foto vom Stammheimer Knast  
die bundesdeutsche Polizei beschlagnahmte trotz  
fehlender Verbotsschilder den Film umseres Fotografen

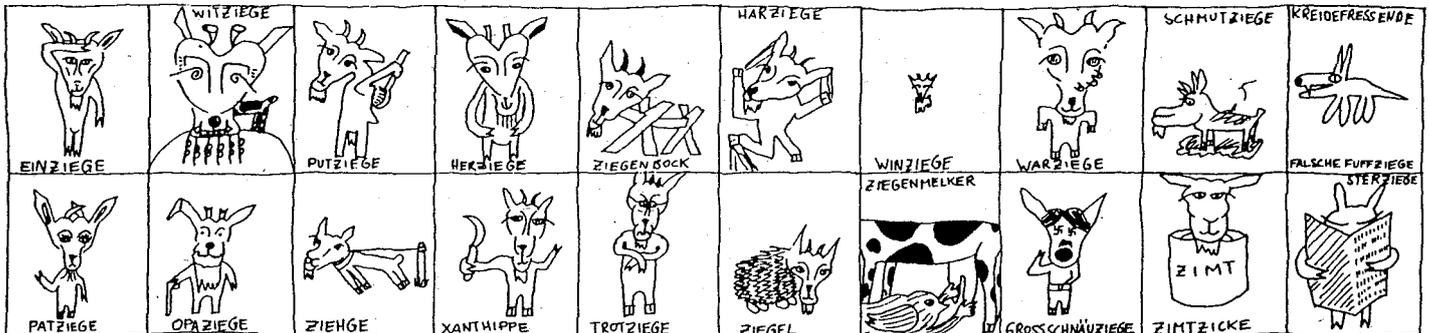
Uli immer wieder auf, Namen zu nennen, ZeugInnen, die ihn entlasten könnten. Die Beweislast liegt somit bei der Verteidigung, andererseits würden von der Einbeziehung weiterer Personen allenfalls BKA und

Am 24. Juni soll in Stuttgart eine landesweite (Baden-Württemberg) Demo wegen Uli und 129a stattfinden. Spendet bitte reichlich auf Konto: Fleckenstein, Stichwort Uli, Kontonr. 353 8218, BLZ 600 501 01, Landesgirokasse Stuttgart. Alleine die Anwaltskosten für Uli's Prozeß betragen 10.000 DM

Es gibt auch für Ingrid ein Spendenkonto für Prozeßkosten: P. Neff, 23481-506, BLZ 370 100 50, Postgiro Köln

### Junki Wehrmann...diesmal: Ziegen; Teil 1

JUNKI WEHRMANN, NEUN-MAL-NEUN-UND-NEUNZEHN-HUNDERT-ZIEGENHIRT



# Termine:

## Samstag 10. Juni Radsternfahrt in Wien

Treffpunkte:

- 1: Rathausplatz (15 Uhr)
  - 2: Praterstern/Prater Hauptallee (14 Uhr)
  - 3: Ziehrerplatz (14.20)
  - 5: Bacherplatz/Pannaschg (14.20)
  - 6/7: Mariahilferstr/Bürgerspitalg (14.25)
  - 9: Währingerstr/Prechtlg (14.35)
  - 10: Reumannplatz/Buchengasse (14.10)
  - 11: Enkplatz (14 Uhr)
  - 12: Philadelphiabrücke, U-Bahn-Barracke (14 Uhr)
  - 13: Am Platz (14 Uhr)
  - 14: Flötzersteig/Linzerstr (13.50)
  - 14: Flötzersteig/Tinterstraße (13.55)
  - 15: Technisches Museum (14.10)
  - 16: Schuhmeierplatz/Thaliastr (14.20)
  - 17: Hernalser Hauptstr/Paschinggasse (14.15)
  - 17: Kalvarienberg/Barthm-Platz (14.30)
  - 18: Türkenschanzplatz (14.15)
  - 19: Heiligenstädterplatz/K.-Marxhof (14.05)
  - 20: Brigittaplatz (14.25)
  - 21: P. Parschplatz (13.55)
  - 22: Kaisermühlen U-Bahn (13.40)
  - 23: A. Baumgartnerstr/Wohnparkstr (13.40)
- von den Bezirkstreffpunkten gehts zum Rathausplatz, von dort gemeinsam den Ring entlang zum Karlsplatz; dort gibts dann - bei der TU - ein Fest.

## Donnerstag; 29. Juni; 18 Uhr; Kongreßhaus; Wien 5, Margaretengürtel Solidaritätsfest für Ingrid Strobl

mit:

Lukas Resetarits, Käthe Kratz, Alfred Hrdlička, Otwald John, Helmuth Kurz, Waltraud Kutschera, Elfriede Gestl, Eva Dite, Arthur West, Elfriede Jelinek, Marie Therese Kerschbaumer, Peter Turrini u.a.  
(Änderungen vorbehalten)

## Freitag 30. Juni; Klagenfurt Anti-Haider-Demonstration

## Samstag/Sonntag 15./16. Juli Anti-WAA-Festival

in Burgenfeld (in der Nähe von Wackersdorf)  
Karten dafür gib's unter der Bundesdeutschen Telefonnummer 060/9431/20847

## \*23. Juni; 16 Uhr; Wien 1, Stock-im-Eisen-Platz

Kundgebung der "überparteilichen Plattform NEIN zur EG"  
Anschließend Demonstration zum Ballhausplatz und Übergabe einer Protestresolution gegen den "Brief nach Brüssel"  
Es sprechen: Univ.-Prof. Gerhard Jagschitz, Univ.-Prof Alfred Haiger, Helmut Schuffel, Mag Lorenz Glatz

## geGENschlag Frauenveranstaltung zu Bevölkerungspolitik und Gentechnologie (nur Frauen!)

Freitag und Samstag 23./24. Juni 1989  
Frauzentrum; Wien 9, Währingerstraße 59

### Programm:

Freitag, 23.6.:

14.00 bis 19.00 Videofilme zum Thema  
20.00 Podiumsdiskussion: Bevölkerungspolitik und Gentechnologie

Mechthild (Genarchiv Essen), Aurella Weikert (FIRNRAGE Österreich), Gudrun Hauer (HOSI Wien), Anna Vobruba (ehem Frauenberatung), Susan Zimmermann

Samstag, 24.6.:

Arbeitskreise:

10 bis 13 Uhr:

- a) Gemeinsamkeiten und Brüche zwischen "fortschrittlicher" und direktrepressiver Eugenik (Susan Zimmermann)
- b) Naturwissenschafts- und Technologiekritik (Mechthild, Genarchiv Essen)

15 bis 18 Uhr:

- a) Bevölkerungspolitik im internationalen Kontext (Aurelia Weikert)
- b) Selbstbestimmung (Susan Zimmermann)

18.30: Berichte der Arbeitskreise

21 Uhr: FEST

## Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien

Wir haben uns zu dieser Veranstaltung entschlossen, nachdem uns klar geworden ist, daß wir der laufenden Diskussion über "Chancen und Risiken der Gentechnologie" und der absurden Forderung nach demokratischer Kontrolle dieser, einen entschiedenen feministischen Standpunkt entgegensetzen müssen.

Für uns ist klar, daß wir die Gentechnik und die gentechnologische Forschung ablehnen. Sie ist das Produkt patriarchalen wissenschaftlichen Polit-Denkens und verschärft in allen Anwendungsbereichen die Praxis der HERRschenden Ideologie.

In der Diskussion, in den Arbeitskreisen möchten wir uns mit der gesellschaftlichen Funktion dieser Technologie im internationalen Rahmen beschäftigen, ausgehend von der Tatsache, daß diese Technologie mit

dem ihr zu Grunde liegenden HERRschaftlichen Denken in ihren verschiedenen Anwendungsbereichen uns Frauen im besonderem Maße trifft.

Im Bereich der Reproduktionstechnologien sichert sie den direkten Eingriff in den Fortpflanzungsvorgang und schafft damit eine neue Möglichkeit der Auslese und Vernichtung. Stichwort: Eugenik. Diese bevölkerungspolitische Strategie (Ausmerze "unwerten" Lebens) wird über die Kontrolle und Manipulation unserer Gebärtigkeit betrieben:

- Frauen werden unter Druck gesetzt, Kinder, die nicht der "Norm" entsprechen (In manchen Teilen der Welt ist die "Norm" ein männlicher "Stammhalter"), nicht mehr auszutragen.
- Frauen, deren Nachkommen nicht erwünscht sind, werden zwangssterilisiert (weitverbreitete Praxis in der sog. "3. Welt" - legitimiert durch den Mythos Überbevölkerung;
- andererseits wird Frauen eingeredet, daß durch In-vitro-Fertilisation (die die völlige Auslieferung an die Technik bedeutet) ihr (selbstbestimmter ???) Kinderwunsch erfüllbar sei.

Im Bereich Landwirtschaft verschärfen gentechnologisch manipuliertes Saatgut, profitorientierter, klonierter Anbau von Nutzpflanzen die Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern von der Industrie, v.a. in der sog. "3. Welt", wo die Landwirtschaft oft eine Domäne der Frauen ist bzw war.

Das sind jetzt nur einige Beispiele für den direkten Zusammenhang von Bevölkerungspolitik, Gentechnologie und Frauenunterdrückung, deren es natürlich viele gibt. Bei der Veranstaltung geht es uns nicht primär um das Vermitteln von Faktenwissen und technischen Details, sondern darum, uns gemeinsam inhaltlich auseinanderzusetzen, verschiedene Ansätze darzustellen, Standpunkte zu klären, auch eventuelle Widersprüche aufzuzeigen und nicht zuletzt Handlungsperspektiven zu entwickeln.

## Widerstand gegen den EG-Beitritt

### \*24. Juni; 14.30; Wien 1; Ballhausplatz

Öffentliche Übergabe der Protestunterschriften der "Jugendplattform gegen EG"

Ab 15 Uhr:

Protest-Fest im Volksgarten (gegenüber Parlament)

VeranstalterInnen: SOAL, SJ, KJÖ, ARGE ZD, Basisgruppe BOKU, SCI, Zusammen u.a. geplant sind Infotische, "Markt der Möglichkeiten", Auftritte von vielen Leuten aus Kultur

und Politik (das übliche halt)  
in Planung: Am Tag der Beschlußfassung (27.,28. Juni?)  
Großdemo vor dem Parlament  
Nächstes Vorbereitungstreffen:  
Mittwoch 7. Juni, 19 Uhr; TU-Club, Wien 4, Paniglgasse 8

# Wer fühlt sich hier fehl am Platz?

am 17. Juni 1989

(bei Regen: 24. Juni 1989)

## GRÄTZLFEST der solidarischen Nachbarschaft

Beginn: 14 Uhr

Kinderprogramm, Clowns, Theater, Spiele, internationale Volksmusik und Tanz aus Kurdistan, Türkei, Österreich, Palästina, Jugoslawien, und vieles mehr...(zB internationale Spezialitäten!)

Ort:

**Wien 5, Einsiedlerplatz**



**veranstaltet vom TATblatt, von IGARA und vom Infoladen**

letztes Vorbereitungstreffen:

Freitag 9. Juni; 18 Uhr Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8)

alle interessierten Leute sind dazu herzlich eingeladen

Der lange Weg zur Freiheit



**Projekt Zweitageszeitung**  
zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten

# TATblatt

TATblatt-"Minus-Nummern" erscheinen derzeit alle vierzehn Tage  
Einzelpreis: S 10,-; zehn Nummern: S 96,-  
Bestell- und Kontaktadresse:  
TATblatt / Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, 1050 Wien, Postfach 282  
Telefon: (0222) 54 23 07  
Konto: P.S.K. 7547 212 (Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)

Der erste Sproß einer A3-Plakatserie tauchte in den letzten Tagen auf einigen Wänden Österreichs auf. Beworben wird ...das TATblatt. (Was uns natürlich ziemlich überrascht, nachdem wir natürlich weder von diesen Plakaten wußten, noch sie verlegen, drucken oder gar achiffieren.) Fortsetzungen werden folgen. Gegen Einzahlung von mindestens S20.- auf unser Konto schicken wir dir das Plakat auch gerne zu.

Damit ist nun endlich die neue TATblatt-Werbekampagne angelaufen - mit bescheidenen Mitteln zwar, aber immerhin. Die finanzielle Lage des TATblatts hat sich leicht verbessert, aber liegt immer noch weit hinter unseren Hoffnungen zurück. Der Geldfluß hat sich zwar durchschnittlich empfindlich gesteigert, das große Geld ist aber vorerst noch ausgeblieben. Doch was nicht ist kann noch werden. Und mit etwas Glück liegt diesem TATblatt wie immer ein Erlagschein bei, der zur Bezahlung kleiner und großer Spenden einlädt. (Allerdings kann es passiert sein, daß dieses Mal kein Erlagschein dabei ist. Bis

### Liebe Leute!

Hoffentlich mahts weiter so - gefällt mir vom Inhalt sehr gut. Den Falter kann man/frau ja nicht mehr lesen, zuwenig politischer Gehalt\* drinnen. Nur Zeitgeist und Trendy is zu wenig.

Machts weiter so. Weiter so. So.

Walter M., Wien

falls auch ein paar Mal hintereinander. Gleichzeitig teilt diese Schwierigkeiten aber auch uns mit (obwohl wir eigentlich nicht so recht wissen, was wir dagegen tun können; eventuell können wir euch aber ein Ersatz-TATblatt schicken).

Mitunter kommt es auch vor, daß das TATblatt zwar pünktlich zugestellt wird, das eine oder andere Blatt aber nur einseitig bedruckt ist. In diesem Fall ist weniger der Post, als vielmehr uns, ein Fehler unterlaufen. Wenn du uns anrufst und uns das mitteilst, entschuldigen wir uns höflich, und schicken dir umgehend eine neue, makellose Nummer zu.

Bleibe nun denn nur noch auf das "Grätzelfest zur solidarischen Nachbarschaft" hinzuweisen. Ein paar Informationen dazu findest du auf der linken Seite. Auf alle Fälle wäre es leiwand, wenn du kommen könntest.

Bis dorthin:

### Liebe, Kraft und Servus!

Einer vom TATblatt-Kollektiv  
(der nächtliche Layouter nämlich; Anm. ebenjenes)

PS: Natürlich fehlt auch in diesem TATblatt gar einiges, wie zB ein Bericht oder eine Einschätzung über die Ereignisse in China. Alles was fehlt, das haben wir nicht geschafft. Daran siehst du, daß es noch genug Möglichkeiten gäbe, für das TATblatt zu arbeiten, zu schreiben; wie wärs mit dir?

## Betrifft TATblatt:

zum Zeitpunkt der Drucklegung hat uns die Post nämlich, die vor nun schon geraumer Zeit bestellten Scheine immer noch nicht zugestellt.)

Appropos Post: In letzter Zeit häufen sich wieder Beschwerden und Anfragen von Leuten, die das TATblatt nicht, unvollständig oder erst viel zu spät zugestellt bekommen haben (Seit nun schon zwei Monaten haben wir jeden Erscheinungstermin eingehalten. Zumindest in Wien müßte das TATblatt daher an dem Tag, der am Titelblatt angeführt ist, schon in den Briefkästen liegen. In den anderen Bundesländern dürfte es einen Tag später sein). Falls es Probleme gibt, bitten wir euch, euch bei eurem zuständigen Postamt zu beschweren, nötigen-

Wir

**suchen**

(noch immer und nicht minder dringend)

## HandverkäuferInnen

(viele)

**TATblatt-HandverkäuferInnen erhalten (in Wien) je verkauftem TATblatt fünf Schilling. (Für HandverkäuferInnen in den Bundesländern ist es wegen der Versandkosten eventuell ein bißchen weniger.... da müssen wir uns halt irgendwas mit Dir ausmachen)**

**Einfach im Wiener TATblatt-Büro anrufen (0222/54 23 07); oder am Besten: Am Montag zwischen 17 und 19 Uhr vorbeikommen! (Vielleicht auch sicherheitshalber vorher anrufen)**

### Natürlich...

**...suchen wir auch Leute zur Mitarbeit in jeder anderen nur irgendwie erdenkbaren Form  
...suchen wir Infos, Artikel, Reaktionen, Geld.**

**Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.**

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen.

Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein.

Die TATblatt-Minus-Nummern sollen aktuelle Beiträge und Hintergrund-Reportagen enthalten, sowie einen Teil, um das Zeitungsprojekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw. Natürlich gibt es auch Platz für Reaktionen.

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

**Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe, usw.**

Artikel, LeserInnenbriefe, etc bitte an:  
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien, Postfach 282  
Bestellungen bitte mittels Erlagschein auf P.S.K. 7547 212 (Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)

### Die TATblatt-Kollektive:

#### Wien:

Büro: Wien 5; Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller  
Telefon: (0222) 54 23 07  
Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

offene Treffen:

jeden Donnerstag, um 19 Uhr im TATblatt-Büro.

#### Graz:

Kontakt-Telefonnummern:  
Kristof: (0316) 83 57 79 oder  
Elisabeth: (0316) 96 23 63

Redaktionscafé:

jeden zweiten Sonntag, um 19 Uhr im Café Thalia (Opernring 5a)  
(nächstes Mal am 18. Juni)

# An:

## Das TATblatt im Abo: Der TATblatt-Baustein (um S 96.-)

Baustein-KäuferInnen erhalten das TATblatt regelmäßig zugeschickt. Ein Baustein entspricht also gewissermaßen einem Abo. Bloß: Auch wer mehr Bausteine kauft, bekommt nur ein TATblatt. Es ist also vollkommen unproblematisch, zwei, drei, vier, viele Bausteine zu kaufen, ohne alle vierzehn Tage einen vollkommen überfüllten Briefkasten zu haben. Ein Baustein gilt für 10 Minus-Nummern. Also einfach Erlagschein ausfüllen, einzahlen, und paßt schon. (Wegen des teureren Versandtarifes ist es für TATblatt-InteressentInnen aus dem Ausland notwendig, zwei Bausteine zu kaufen, um das TATblatt zugeschickt zu bekommen)

## Mitgliedschaft (für nur 1 Schilling täglich)

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1.- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

## TATblatt-Einzelverkaufsstellen: Wien:

Buchhandlungen:

- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Winter (1, Landesgerichtstraße 20)
- VKA (6, Stiegegasse)
- Reisebuchladen (9, Kolingasse 6)

ferner:

- ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstr. 99; Mo-Fr 19-2 Uhr)
- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24)
- Blaue Thomate (15, Wurmsergasse)

## Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfergasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

P.b.b. \* Verlagspostamt 1050 \* Erscheinungsort Wien

## Auch der schönste Baustein geht einmal vorüber...

...und so kommt es, daß dieses TATblatt für viele das letzte sein wird, wenn sie nicht schnell einen neuen TATblatt-Baustein kaufen.

Ein Baustein gilt bekanntlich für zehn TATblatt-Minus-Nummern.

Ab sofort ist die letzte Ausgabe, die du um deinen Baustein noch zugeschickt bekommst, im Adreßpickerl, unter halb deines Namens, notiert ((in doppelter Klammer)).

Schau bitte mal nach, und verlängere dein Abo rechtzeitig - durch Kauf eines neuen Bausteins - mittels beiliegendem Erlagschein.

## Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn und VerlegerIn:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt  
1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller

Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282

Telefon: (0222) 54 23 07

Mailbox-Fach: (0222) 597 12 25 (TATblatt)

Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212

DVR Nr: 0558371

Flugblätter und dgl sind als Dokumente aufgenommen und Bestandteil des TATblatts. Sofern sie Impressi tragen, haben sie hier keine Gültigkeit. Es gilt lediglich das Impressum des TATblatts.

## Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

"Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Das nächste TATblatt  
erscheint am 20. Juni  
Redaktionsschluß für diese  
Nummer ist am 13. Juni**